



Dokumentation

**Auswirkungen von Sanktionen auf die europäische und russische
Wirtschaft**

Auswirkungen von Sanktionen auf die europäische und russische Wirtschaft

Aktenzeichen: WD 5 - 3000 - 063/23
Abschluss der Arbeit: 21.07.2023
Fachbereich: WD 5: Wirtschaft und Verkehr, Ernährung und Landwirtschaft

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Fragestellung	4
2.	Methodische Vorbemerkung	4
2.1.	Indikatoren	4
2.1.1.	Interpretierbarkeit	4
2.1.2.	Inflation	5
2.1.3.	Andere Indikatoren	6
2.2.	Schätzungen und Annahmen	7
2.2.1.	Quellenlage	7
2.2.2.	Mögliche Kompensation der wirtschaftlichen Folgen	7
2.2.3.	Wirkung unterschiedlicher Güter	8
3.	Allgemeine wirtschaftliche Daten zu EU und UK	9
3.1.	Inflation und Verbraucherpreise innerhalb der EU	9
3.1.1.	Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)	9
3.1.2.	HVPI im Euroraum (EU-20)	9
3.1.3.	HVPI im EU-Raum (EU-27)	12
3.2.	HVPI im Vereinigten Königreich	12
3.3.	Kaufkraftentwicklung (Reallohn)	17
3.4.	Kaufkraftentwicklung von Renten	21
3.5.	Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Arbeitslosigkeit	23
3.6.	Umfang staatlicher Hilfsmaßnahmen	24
3.7.	Import/Export EU-RUS	28
4.	Sanktionsfolgen	29
4.1.	Deutschland	29
4.1.1.	Arbeitsplätze und Wirtschaft	34
4.1.2.	Deutsch-russischer Handel	36
4.2.	EU	40
4.3.	Russland	44
4.3.1.	Daten und Prognosen	44
4.3.2.	Abkoppelung von westlichen Handelspartnern	48

1. Fragestellung

Ausgangspunkt dieser Arbeit sind Fragen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen von Sanktionen und Gegenmaßnahmen infolge des Ukrainekrieges auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, auf Großbritannien sowie Russland.

2. Methodische Vorbemerkung

2.1. Indikatoren

2.1.1. Interpretierbarkeit

Es gibt wohl **keine allgemeingültigen Indikatoren**, die die Wirkung von Sanktionen direkt abbilden. Wirtschaftliche Indikatoren, wie z. B. Inflation, Wachstum, Beschäftigung, Aktienkurse oder Kreditwürdigkeit eines Landes, können sich auch unabhängig von Sanktionen aufgrund einer Vielzahl von Ursachen verändern. Insoweit ist ein Zusammenhang zwischen einer Veränderung und erlassenen Sanktionen auch regelmäßig mehr oder weniger eine Frage der Interpretation von Daten. Dies verdeutlicht z. B. folgende Aussage von Destatis:¹

„Die Inflationsrate in den EU-Staaten [...] ist in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen. Die **Preise für Erdgas und Mineralölprodukte** haben seit dem Angriff Russlands auf die **Ukraine** nochmals merklich angezogen und beeinflussen die Inflationsrate erheblich. Hinzu kommen unterbrochene Lieferketten aufgrund der **Corona-Pandemie** und die deutlichen Preisanstiege bei Energieprodukten auf **vorgelagerten Wirtschaftsstufen**.“²

In Einzelfällen besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Veränderung eines Indikators und einer Sanktion. Besteht die Sanktion z. B. aus einem Importverbot für ein bestimmtes Gut in das sanktionierende Land und ist das Gut nicht anderweitig auf dem Weltmarkt verfügbar, lässt sich die sinkende Verfügbarkeit im sanktionierenden Land wohl recht sicher auf die Sanktion zurückführen. Hingegen kann eine steigende Arbeitslosigkeit zwar (auch) auf eine Sanktion zurückgehen, muss dies aber nicht.³ Zugleich unterliegen alle Indikatoren untereinander **Wechselwirkungen**. So können sich z. B. Arbeitslosigkeit, Aktienkurse und Kreditwürdigkeit wechselseitig beeinflussen. Ein Bericht des U.S. Congressional Research Service führt beispielweise aus:⁴

„[I]t is difficult to assess the effect of sanctions separate from other contemporaneous factors, including the war, tighter monetary policy (higher interest rates) in many advanced economies, and COVID-19 related supply disruptions primarily in China.“

1 <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/COVID-19/Grafik/verbraucherpreisindex-eu.html>.

2 Alle Hervorhebungen in Zitaten durch Verfasser dieser Dokumentation.

3 Siehe nur <https://www.bpb.de/themen/arbeit/arbeitsmarktpolitik/305618/arten-der-arbeitslosigkeit/>.

4 Congressional Research Service, December 13, 2022, The Economic Impact of Russia Sanctions, <https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF12092>, S. 2.

Alles in allem hängt die Frage, welche Veränderungen in einer Volkswirtschaft sich konkret auf eine Sanktion zurückführen lassen, von einer **subjektiven Interpretation** der Daten ab. Dies gilt erst recht, wenn es um die Bemessung der Veränderung geht, also z. B. in % oder €.

2.1.2. Inflation

Die Literatur fokussiert sich im Wesentlichen auf die Inflation als Indikator. Dabei wird die Interpretierbarkeit der Daten deutlich, als auch, wie verschiedene Indikatoren sich einander beeinflussen:⁵

„Die europäische Inflation ist zuallererst die Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Von der 10-prozentigen Teuerung in der Eurozone ist rund die Hälfte (also **5 Prozentpunkte**) direkt dem Einfluss gestiegener **Energie- und Lebensmittelpreise** geschuldet. Die restlichen 5 Prozent stehen für die Kerninflation^[6]. Doch auch die dortigen Preisanstiege sind oft indirekte Folgen der Energiepreisschocks, etwa weil Unternehmen ihre gestiegenen Kosten an die Kunden weiterreichen müssen. Dagegen ist die heimische (private oder staatliche) Nachfrage kein prominenter Inflationstreiber.“

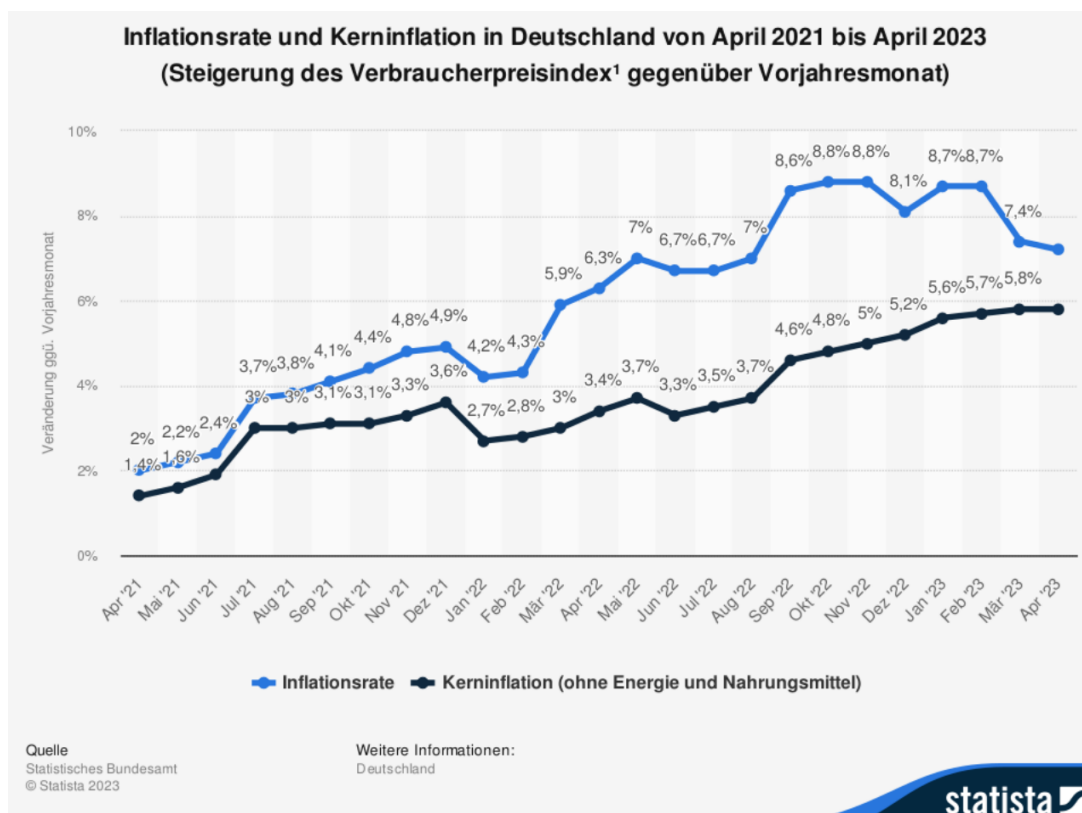
Den Unterschied zwischen der allgemeinen und der **Kerninflation** verdeutlicht Statista:⁷

„Um die ökonomischen Ursachen der Preisentwicklung innerhalb einer Volkswirtschaft besser nachvollziehen zu können, etablierte sich das Berechnungsmodell der Kerninflation. Die Kerninflation beschreibt die Entwicklung der Verbraucherpreise ohne Berücksichtigung der Segmente Nahrungsmittel und Energie. Beide Segmente unterliegen oft starken Preisschwankungen, deren Gründe oftmals nicht in der betrachteten Volkswirtschaft zu finden sind. Im Vergleich von Inflationsrate und Kerninflation stiegen zwar beide Werte im betrachteten Zeitraum deutlich an, die Kerninflation unterlag dabei aber deutlich weniger Schwankungen. Im April 2023 lag die Inflationsrate bei 7,2 Prozent, ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung von Nahrungsmitteln und Energie lag die Teuerungsrate bei 5,8 Prozent.“

5 Jens Südekum, Unterschiedliche Inflationskrankheiten, in: APuZ 1-3/2023, S. 6ff., https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2023-01-03_online.pdf.

6 Anm.: Begriff wird im nächsten Absatz näher erörtert.

7 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1378431/umfrage/kerninflation-in-deutschland/>.



2.1.3. Andere Indikatoren

Denkbar ist eine Vielzahl anderer Indikatoren, um die Konjunktur einer Volkswirtschaft zu bemessen, z. B.:

Arbeitskosten, Arbeitslosenquote, Auftragseingangsindex, Außenhandelsbilanz, Baugenehmigungen, Baugewerbe, Bruttoanlageinvestitionen, Bruttoinlandsprodukt, Dienstleistungen, Einfuhrpreise, Einzelhandel, Erwerbstätige, Erzeugerpreise, Gastgewerbe, Gemeldete Stellen, Großhandel, Lkw-Maut-Fahrleistungsindex, Private Konsumausgaben, Produktionsindex, Umsatzindex, Verbraucherpreise.⁸

⁸ Nach: https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/_inhalt.html; Auf einzelne dieser o. g. hervorgehobenen Indikatoren gehen die Abschnitte 3. und 4. ein. Für eine Übersicht über die fast endlose Vielfalt volkswirtschaftlich relevanter Statistiken siehe die Liste der OECD-Schlüsselindikatoren: <https://www.oecd.org/berlin/statistiken/>.

Diese lassen sich noch in unzählige Unterindikatoren aufgliedern oder durch weitere Indikatoren ergänzen, z. B. Stimmungsindikatoren.⁹ Wie unter Abschnitt 2.1 dargestellt, sind diese Indikatoren jedoch alle mehr oder weniger von einer Vielzahl an Faktoren abhängig, von denen eine Sanktion nur einer ist.

2.2. Schätzungen und Annahmen

2.2.1. Quellenlage

Insgesamt liegen nur wenige Schätzungen zu den wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen für die sanktionierenden Staaten vor. Die öffentlich zugänglichen Quellen befassen sich vorwiegend mit den Wirkungen auf Russland. Insoweit Schätzungen bestehen, sind oftmals Annahmen und Rechenweg nicht offengelegt. Dies trifft auch für Aussagen wie die folgende zu: „Sanktionen treffen in der Regel auch immer diejenigen, die die Sanktionen beschlossen haben, allerdings in einer anderen Stärke.“¹⁰ Eine Gegenüberstellung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Wirkung für EU-Mitgliedstaaten und Russland, ist soweit ersichtlich aus offenen Quellen nicht verfügbar.

2.2.2. Mögliche Kompensation der wirtschaftlichen Folgen

Für Schätzungen ist auch von Belang, dass sich die Wirkung von Sanktionen mitunter über andere Märkte kompensieren lässt:¹¹

„Für das sanktionsverhängende Land hängt die Höhe des Wohlfahrtsverlustes davon ab, ob die einheimischen Unternehmen ihre Produkte an **andere Länder verkaufen** können oder nicht. Falls es auf dem Weltmarkt eine hinreichend hohe Nachfrage nach den Produkten des sanktionsverhängenden Landes gibt, können die einheimischen Unternehmen die Umsatzaufälle durch vermehrte Exporte in andere Länder kompensieren. Die Produzentenrente bleibt unverändert, wenn die produzierte Gütermenge und der erzielbare Preis konstant bleiben.“

Auch können die sanktionierten oder sanktionierenden Staaten wirtschaftliche Folgen anderweitig abmildern:¹²

9 <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/Wirtschaftliche-Lage/2023/20230515-die-wirtschaftliche-lage-in-deutschland-im-mai-2023.html>: „Stimmungsindikatoren wie dem Ifo-Geschäftsklimaindex, dem GfK-Konsumklima oder auch dem S&P-Einkaufsmanagerindex“.

10 Statista, 22.06.2023, Wirtschaft & Politik/Konjunktur & Wirtschaft: Sanktionen gegen Russland wegen des Kriegs in der Ukraine, Folgen der Sanktionen, <https://de.statista.com/themen/9109/sanktionen-gegen-russland/#topicOverview>.

11 <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2022/heft/5/beitrag/handelssanktionen-wirkungen-und-nebenwirkungen.html>.

12 Blanchard, O. und J. Pisani-Ferry (2022) „Fiskalunterstützung und monetäre Wachsamkeit: wirtschaftspolitische Implikationen des Russland-Ukraine-Krieges für die Europäische Union“, Policy Contribution 06/2022, Bruegel, <https://www.bruegel.org/policy-brief/fiscal-support-and-monetary-vigilance-economic-policy-implications-russia-ukraine-war>.

„Für Europa ist der Krieg in der Ukraine ein wirtschaftlicher Schock ersten Ranges. Während die direkten fiskalischen Auswirkungen der Flüchtlingsbetreuung, der Erhöhung der Militärausgaben und der Stärkung der Energieautonomie begrenzt bleiben, sind die Auswirkungen erhöhter Energie- und Lebensmittelpreise auf das Volkseinkommen und seine Verteilung potenziell erheblich. Dies stellt die politischen Entscheidungsträger vor drei makroökonomische Herausforderungen:

- Wie man Sanktionen am besten nutzt, um Russland abzuschrecken und gleichzeitig die negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft der Europäischen Union zu begrenzen: In dieser Hinsicht ist es wichtig, zwischen Öl und Gas zu unterscheiden. Beim Öl kann Russland sich vom EU-Markt abwenden und trotz Sanktionen auf dem Weltmarkt verkaufen, wo es als Preisnehmer agiert. Bei Gas verfügt die Europäische Union über einen erheblichen Einfluss, da Russland auf die Pipeline-Infrastruktur angewiesen ist, die es mit dem europäischen Markt verbindet. Allerdings ist die Gasversorgung aus anderen Quellen relativ unelastisch.
- Wie geht man mit Realeinkommenseinbußen aufgrund der gestiegenen Energieimportrechnung um? Wenn Regierungen die Käufer schützen wollen, müssen sie Mechanismen festlegen und entscheiden, wie sie die Mehrausgaben finanzieren. Möglicherweise sind fiskalische Unterstützung und damit eine gewisse zusätzliche Defizitfinanzierung erforderlich, die Verschuldung dürfte jedoch tragbar bleiben.
- Wie soll mit dem Anstieg der Inflation infolge höherer Energie- und Lebensmittelpreise umgegangen werden? Es gilt, eine Entankerung der Inflationserwartungen zu vermeiden, die noch schwieriger als üblich ist, da die Inflation bereits vor dem Krieg erheblich gestiegen war. Um diesem Risiko vorzubeugen, wäre eine Straffung der Geldpolitik erforderlich. Der Verlust des Realeinkommens dürfte jedoch zu einer schwächeren Gesamtnachfrage führen, was eine Lockerung der Politik erforderlich macht.

Die politischen Entscheidungsträger müssen mit diesen widersprüchlichen Zielen umgehen und sicherstellen, dass die politischen Instrumente einander ergänzen. Eine Kombination aus gut konzipierter fiskalischer Unterstützung für Haushalte und dreiseitigen Lohndiskussionen könnte dazu beitragen, den Kompromiss, mit dem die Zentralbank konfrontiert ist, abzumildern. Der Ausgang des Krieges in der Ukraine ist jedoch unvorhersehbar und die Politik muss in der Lage sein, schnell auf sich ändernde Umstände zu reagieren.“

2.2.3. Wirkung unterschiedlicher Güter

Die wirtschaftlichen Folgen unterscheiden sich je nach sanktioniertem Gut, z. B.:¹³

„Wichtig für die Höhe der wirtschaftlichen Kosten, die dem sanktionsverhängenden Land entstehen, ist, ob es sich bei den Importen um **Konsumgüter** handelt oder um **Vorleistungen**, auf die die einheimischen Unternehmen angewiesen sind. Letzteres kann zu Störungen der Produktion im Inland führen. Die volkswirtschaftlichen Kosten beschränken sich dann

13 <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2022/heft/5/beitrag/handelssanktionen-wirkungen-und-nebenwirkungen.html>.

nicht nur auf den Wert der importierten Vorleistungen. Hinzu kommen die Produktions- und Einkommensausfälle, die in inländischen Unternehmen entstehen, wenn dort die Produktion wegen der fehlenden Vorleistungen, Einzelteile und Rohstoffe zum Erliegen kommt.“

3. Allgemeine wirtschaftliche Daten zu EU und UK

3.1. Inflation und Verbraucherpreise innerhalb der EU

3.1.1. Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)

Der HVPI ist für die Europäische Zentralbank (EZB) der zentrale Messindikator:¹⁴

„Im Euroraum wird der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) zur Messung der Verbraucherpreisinflation herangezogen. Dabei handelt es sich um die zeitliche Veränderung der Preise für Konsumgüter und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten im Euroraum gekauft werden.

Sie ist ‚harmonisiert‘, weil alle Länder der Europäischen Union der gleichen Methodik folgen. Dadurch wird sichergestellt, dass die Daten für ein Land mit den Daten für ein anderes Land verglichen werden können.

Der HVPI wird von Eurostat und den nationalen statistischen Ämtern nach harmonisierten statistischen Methoden erstellt. Die Inflationsrate wird auch herangezogen, um zu beurteilen, ob ein Land bereit ist, dem Euroraum beizutreten.“

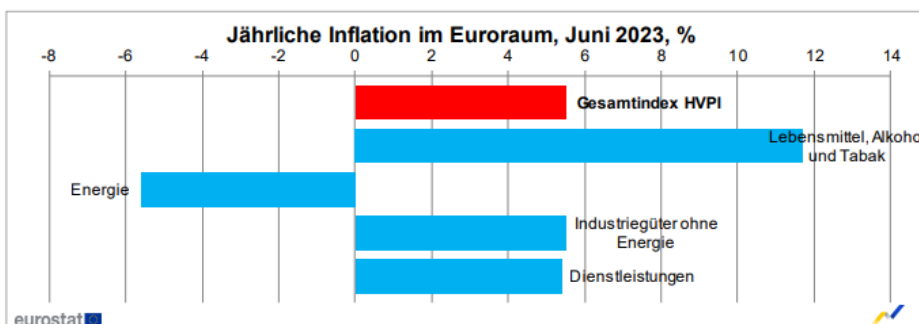
3.1.2. HVPI im Euroraum (EU-20)

Die Europäische Kommission verweist auf eine Schnellschätzung des Statistischen Amtes der Europäischen Union Eurostat vom Juni 2023 der zufolge die Inflation 5,5 % im Juni gegenüber 6,1 % im Mai betragen wird. Zur weiteren Entwicklung führt die Schätzung wie folgt aus:¹⁵

„Im Hinblick auf die Hauptkomponenten der Inflation im Euroraum wird erwartet, dass ‚Lebensmittel, Alkohol und Tabak‘ im Juni die höchste jährliche Rate aufweist (11,7%, gegenüber 12,5% im Mai), gefolgt von ‚Industriegütern ohne Energie‘ (5,5%, gegenüber 5,8% im Mai), ‚Dienstleistungen‘ (5,4%, gegenüber 5,0% im Mai) und ‚Energie‘ (-5,6%, gegenüber -1,8% im Mai).“

14 EZB, Inflation und Verbraucherpreise, https://www.ecb.europa.eu/stats/macroeconomic_and_sectoral/hicp/html/index.en.html.

15 Eurostat: Schnellschätzung – Juni 2023 (Inflation im Euroraum), 72/2023, 30. Juni 2023, <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/17075124/2-30062023-AP-DE.pdf/25320a31-63a1-a868-4179-f280677fb95f>.



Jährliche Inflation im Euroraum und ihre Komponenten, %

	Gewicht (%)	Jährliche Rate							Monatliche Rate Jun 23
		2023	Jun 22	Jan 23	Feb 23	Mär 23	Apr 23	Mai 23	
Gesamtindex HVPI	1000,0	8,6	8,6	8,5	6,9	7,0	6,1	5,5e	0,3e
Gesamtindex ohne:									
> Energie	897,7	4,9	7,3	7,8	7,9	7,4	7,0	6,9e	0,3e
> Energie und unverarbeitete Lebensmittel	852,7	4,6	7,1	7,4	7,5	7,3	6,9	6,8e	0,4e
> Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak	697,9	3,7	5,3	5,6	5,7	5,6	5,3	5,4e	0,3e
Lebensmittel, Alkohol und Tabak	199,8	8,9	14,1	15,0	15,5	13,5	12,5	11,7e	0,4e
> Verarbeitete Lebensmittel einschl. Alkohol und Tabak	154,8	8,2	15,0	15,4	15,7	14,6	13,4	12,5e	0,5e
> Unverarbeitete Lebensmittel	45,0	11,2	11,3	13,9	14,7	10,0	9,6	9,0e	0,1e
Energie	102,3	42,0	18,9	13,7	-0,9	2,3	-1,8	-5,6e	-0,7e
Industriegüter ohne Energie	262,7	4,3	6,7	6,8	6,6	6,2	5,8	5,5e	-0,1e
Dienstleistungen	435,3	3,4	4,4	4,8	5,1	5,2	5,0	5,4e	0,6e

e Schätzung

Bezogen auf die einzelnen EU-20-Staaten ergeben sich die folgenden Daten:

Inflationsraten (%) auf Basis des HVPI

	Jährliche Rate							Monatliche Rate Jun 23
	Jun 22	Jan 23	Feb 23	Mär 23	Apr 23	Mai 23	Jun 23	
Belgien	10,5	7,4	5,4	4,9	3,3	2,7	1,6e	-0,1e
Deutschland	8,2	9,2	9,3	7,8	7,6	6,3	6,8e	0,4e
Estland	22,0	18,6	17,8	15,6	13,2	11,2	9,0e	0,8e
Irland	9,6	7,5	8,1	7,0	6,3	5,4	4,8e	0,8e
Griechenland	11,6	7,3	6,5	5,4	4,5	4,1	2,7e	0,9e
Spanien	10,0	5,9	6,0	3,1	3,8	2,9	1,6e	0,6e
Frankreich	6,5	7,0	7,3	6,7	6,9	6,0	5,3e	0,2e
Kroatien	12,1	12,5	11,7	10,5	8,9	8,3	8,3e	1,6e
Italien	8,5	10,7	9,8	8,1	8,6	8,0	6,7e	0,1e
Zypern	9,0	6,8	6,7	6,1	3,9	3,6	2,7e	0,2e
Lettland	19,2	21,4	20,1	17,2	15,0	12,3	8,1e	-1,4e
Litauen	20,5	18,5	17,2	15,2	13,3	10,7	8,2e	-0,1e
Luxemburg	10,3	5,8	4,8	2,9	2,7	2,0	1,0e	0,4e
Malta	6,1	6,8	7,0	7,1	6,4	6,3	6,1e	1,5e
Niederlande	9,9	8,4	8,9	4,5	5,8	6,8	6,4e	-0,5e
Österreich	8,7	11,6	11,0	9,2	9,4	8,8	7,8e	0,3e
Portugal	9,0	8,6	8,6	8,0	6,9	5,4	4,7e	0,4e
Slowenien	10,8	9,9	9,4	10,4	9,2	8,1	6,6e	0,9e
Slowakei	12,6	15,1	15,4	14,8	14,0	12,3	11,3e	0,3e
Finnland	8,1	7,9	8,0	6,7	6,3	5,0	4,1e	-0,1e

e Schätzung Quelldatensatz: prc_hicp_marr

Geografische Informationen

Zum **Euroraum** gehören Belgien, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Kroatien, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland.

Die Daten für den Euroraum beziehen sich auf die Länderzusammensetzung zum jeweiligen Zeitpunkt. Änderungen in der Zusammensetzung des Euroraums werden mit Hilfe einer Kettenindexformel miteinbezogen.

Weiterhin analysiert das **Inflation Dashboard** der EZB die Entwicklung der Verbraucherpreise in der EU und stellt diese auch für bestimmte Produkte und Länder da, über eine Schnittstelle auch interaktiv.¹⁶ So wird angezeigt, wo Mieten teurer oder Kommunikation günstiger geworden sind:

Measuring inflation – the Harmonised Index of Consumer Prices (HICP)

Summary

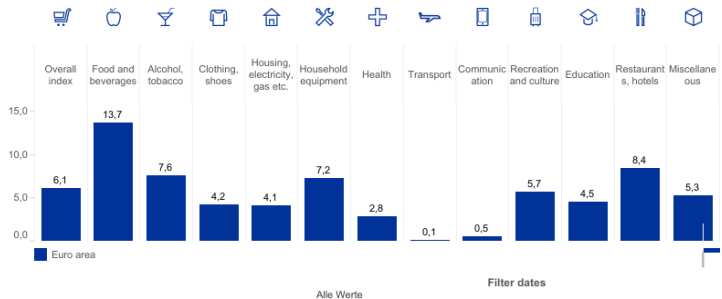
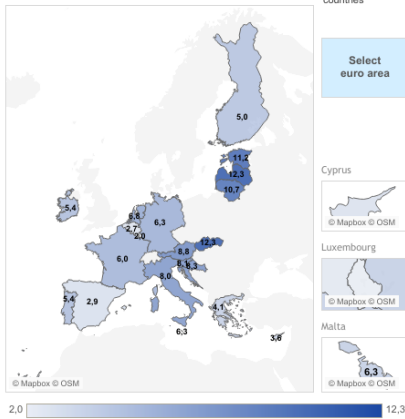
HICP inflation in the **euro area** decreased to **6,1%** in **Mai 2023** compared to **7,0%** in April 2023

Last update: 16 June 2023. Next update will be in the afternoon of 19 July 2023. Latest HICP data can be accessed via the link below the dashboard.

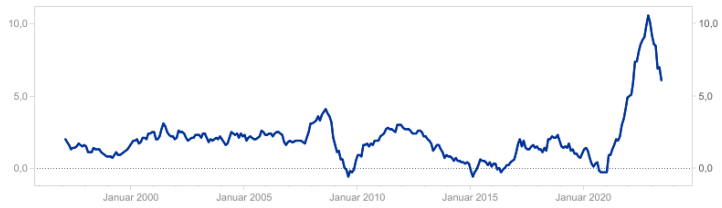
Overall and breakdown of HICP by components
Mai 2023, Euro area

	Euro area	Lowest Luxembou..	Highest Latvia	Slovakia
Mai 2023	6,1	2,0	12,3	12,3

HICP inflation rate - Overall index
Mai 2023, Euro area countries

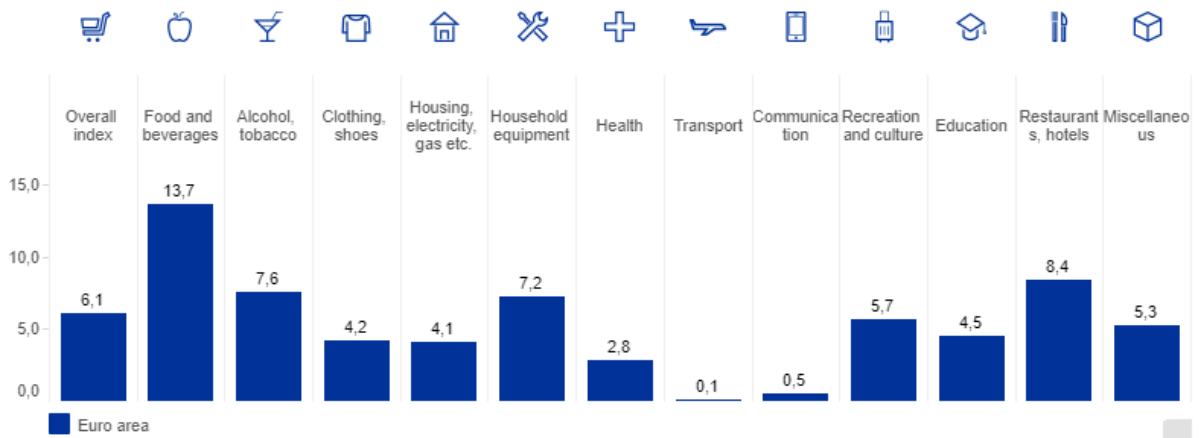


HICP inflation rate - Overall index
Euro area



Last update: 16 June 2023. Next update will be in the afternoon of 19 July 2023. Latest HICP data can be accessed via the link below the dashboard.

Overall and breakdown of HICP by components
Mai 2023, Euro area

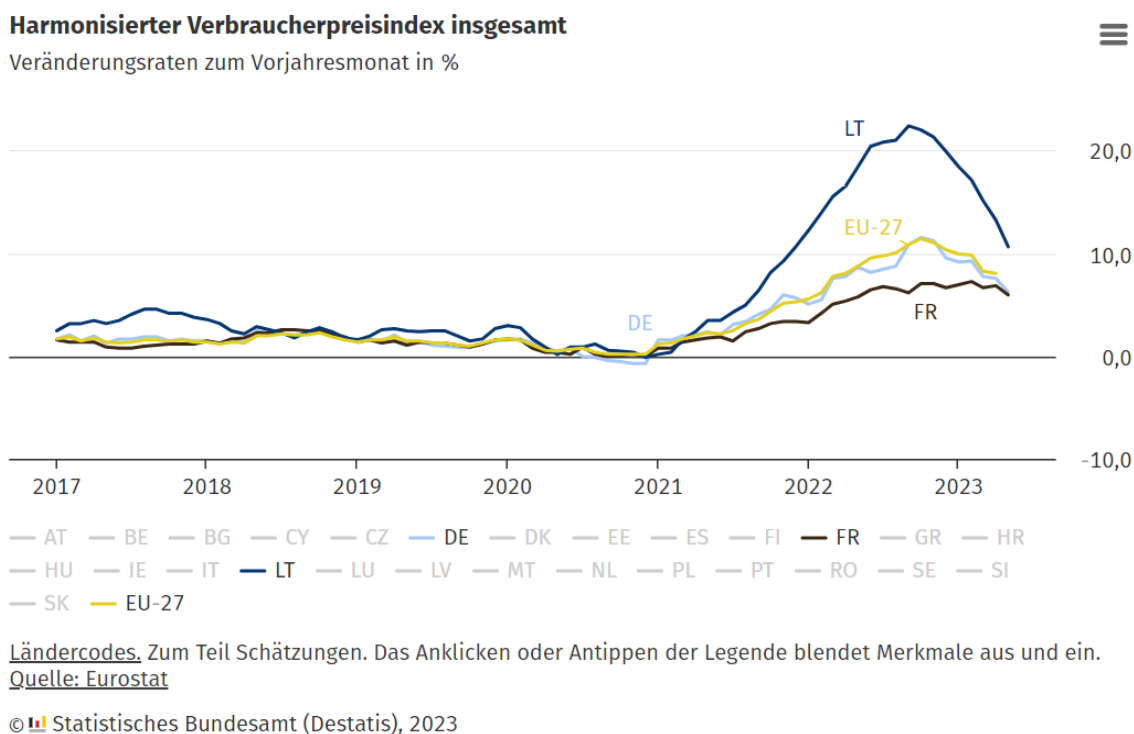


16 <https://data.ecb.europa.eu/data/data-categories#goods;>
[https://www.ecb.europa.eu/stats/macroeconomic_and_sectoral/hicp/html/index.en.html.](https://www.ecb.europa.eu/stats/macroeconomic_and_sectoral/hicp/html/index.en.html)

3.1.3. HVPI im EU-Raum (EU-27)

Destatis nutzt für die folgende interaktive Grafik von Eurostat erhobene Daten zum harmonisierten Verbraucherpreisindex aller EU-27-Staaten. Durch Anklicken des Links sowie Anklicken des jeweiligen Landes sind die Daten aller Mitgliedstaaten im Kurvenverlauf abrufbar. Destatis führt zur Grafik aus:¹⁷

„Die Inflationsrate in den EU-Staaten, gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex HVPI, ist in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen. Die **Preise für Erdgas und Mineralölprodukte** haben seit dem Angriff Russlands auf die **Ukraine** nochmals merklich angezogen und beeinflussen die Inflationsrate erheblich. Hinzu kommen unterbrochene Lieferketten aufgrund der Corona-Pandemie und die deutlichen Preisanstiege bei Energieprodukten auf vorgelagerten Wirtschaftsstufen.“



3.1.4. HVPI im Vereinigten Königreich

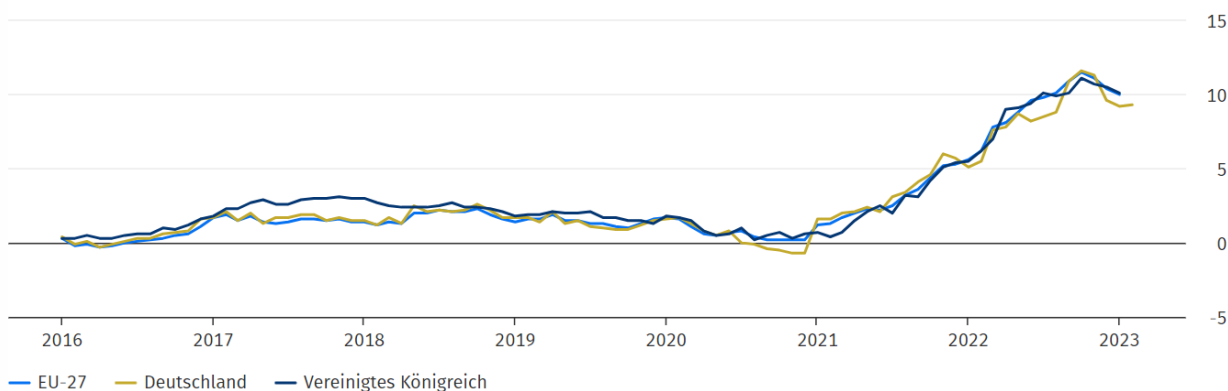
Eine interaktive Grafik von Destatis, basierend auf Daten der OECD, zeigt hierzu den folgenden Verlauf:¹⁸

17 <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/COVID-19/ Grafik/verbraucherpreisindex-eu.html>.

18 <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Brexit/ inhalt.html>.

Monatliche Inflationsrate

Veränderung des harmonisierten Verbraucherpreisindex im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat, in %



Quelle: OECD

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Seit dem Austritt aus der EU meldet das Vereinigte Königreichs keine Daten mehr an das Statistische Bundesamt.¹⁹

Destatis verweist ergänzend auf **OECD-Daten**, die auch den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) **verschiedener Waren- und Dienstleistungen**, u. a. Lebensmittel und Energie, des Vereinigten Königreichs abbilden.²⁰

Dataset: Consumer price indices (CPIs) - Complete database		Measure: Percentage change on the same period of the previous year												
Country: United Kingdom		Annual		Monthly										
Subject	Unit	2021	2022	Jul-2022	Aug-2022	Sep-2022	Oct-2022	Nov-2022	Dec-2022	Jan-2023	Feb-2023	Mar-2023	Apr-2023	May-2023
HICP: All items	Percentage	2,6	9,1	10,1	9,9	10,1	11,1	10,7	10,5	10,1	10,4	10,1	8,7	8,7
HICP: 01 - Food and non-Alcoholic beverages	Percentage	12,6	13,1	14,5	16,2	16,4	16,8	16,7	18,0	19,1	19,0	18,3
HICP: 02 - Alcoholic beverages, tobacco and narcotics	Percentage	5,4	5,4	5,5	6,1	4,1	3,7	5,1	5,7	5,3	9,1	9,3
HICP: 03 - Clothing and footwear	Percentage	6,7	7,6	8,5	8,5	7,5	6,5	6,2	8,1	7,2	6,8	7,1
HICP: 04 - Housing, water, electricity, gas and other fuels	Percentage	20,0	20,0	20,2	26,6	26,6	26,6	26,7	26,6	26,1	12,3	12,1
HICP: 05 - Furnishings, household equipment and routine household maintenance	Percentage	10,1	10,1	10,7	10,5	10,7	9,8	9,2	8,7	8,0	7,5	7,5
HICP: 06 - Health	Percentage	1,4	2,6	3,5	4,2	4,8	5,1	6,3	6,8	7,1	7,0	8,3
HICP: 07 - Transport	Percentage	14,8	12,0	10,6	8,9	7,2	6,5	3,1	2,9	0,8	1,5	1,2
HICP: 08 - Communication	Percentage	3,2	2,8	2,4	3,2	2,6	2,0	2,4	3,7	3,7	7,9	9,1
HICP: 09 - Recreation and culture	Percentage	5,6	5,3	5,2	5,8	5,3	4,9	5,0	4,0	4,6	6,3	6,7
HICP: 10 - Education	Percentage	4,5	4,5	4,3	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2
HICP: 11 - Restaurants and hotels	Percentage	8,9	8,7	9,7	9,6	10,2	11,3	10,8	12,1	11,3	10,2	10,3
HICP: 12 - Miscellaneous goods and services	Percentage	4,0	4,6	5,0	5,1	5,4	5,4	5,8	6,6	6,7	6,8	6,8
HICP: Energy	Percentage	57,8	52,0	49,6	59,0	55,6	52,8	51,2	49,0	40,5	10,8	8,4
HICP: Services	Percentage	5,7	5,9	6,1	6,3	6,3	6,8	6,0	6,6	6,6	6,9	7,4

Data extracted on 14 Jul 2023 12:21 UTC (GMT) from OECD.Stat

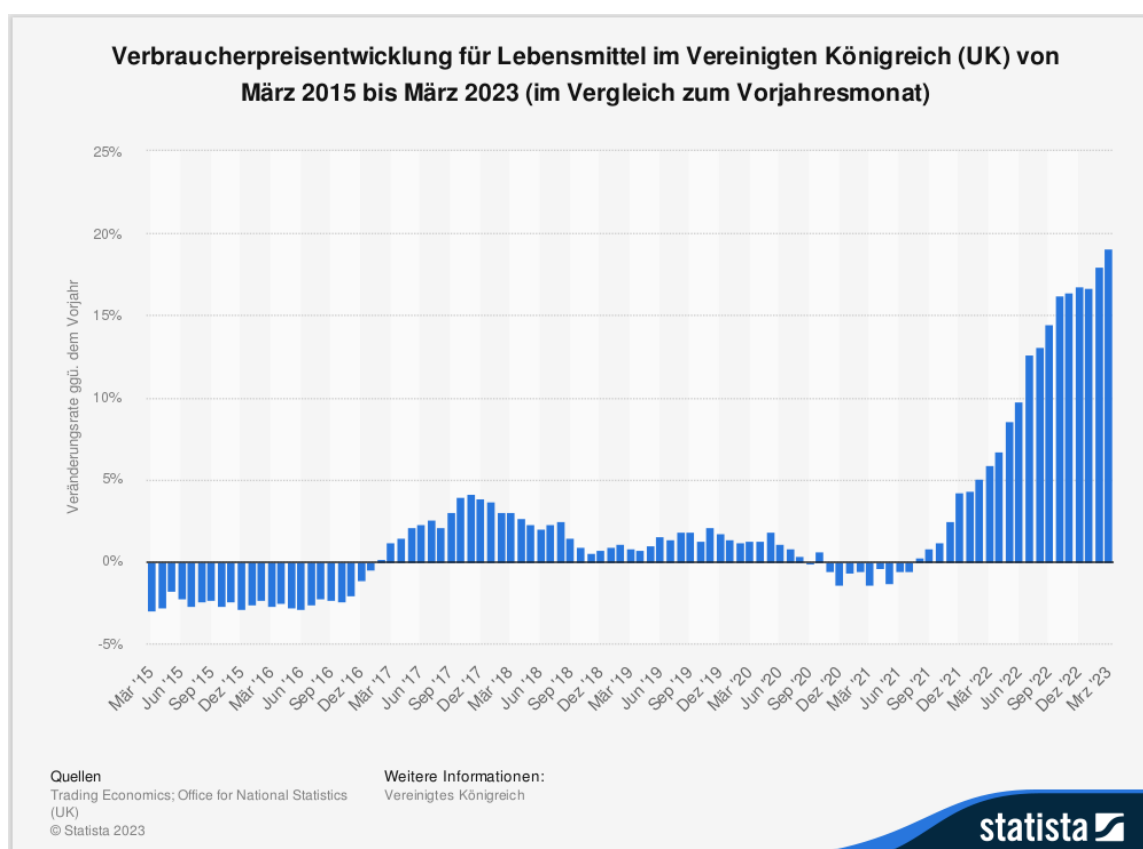
19 Destatis, Auskunft vom 14.07.2023.

20 Destatis, Auskunft vom 17.07.2023.

Von „Global Rates“ stammt folgende Tabellen zum aktuellen und historischen HVPI-Verlauf für das Vereinigte Königreich:²¹

HVPI GB letzte Monate		HVPI GB letzte Jahre	
Termin	Inflation	Termin	Inflation
Mai 2023	8,692 %	Mai 2023	8,692 %
April 2023	8,667 %	Mai 2022	9,025 %
März 2023	10,077 %	Mai 2021	2,120 %
Februar 2023	10,449 %	Mai 2020	0,556 %
Januar 2023	10,009 %	Mai 2019	1,985 %
Dezember 2022	10,513 %	Mai 2018	2,420 %
November 2022	10,655 %	Mai 2017	2,888 %
Oktober 2022	11,092 %	Mai 2016	0,300 %
September 2022	10,142 %	Mai 2015	0,100 %
August 2022	9,813 %	Mai 2014	1,523 %

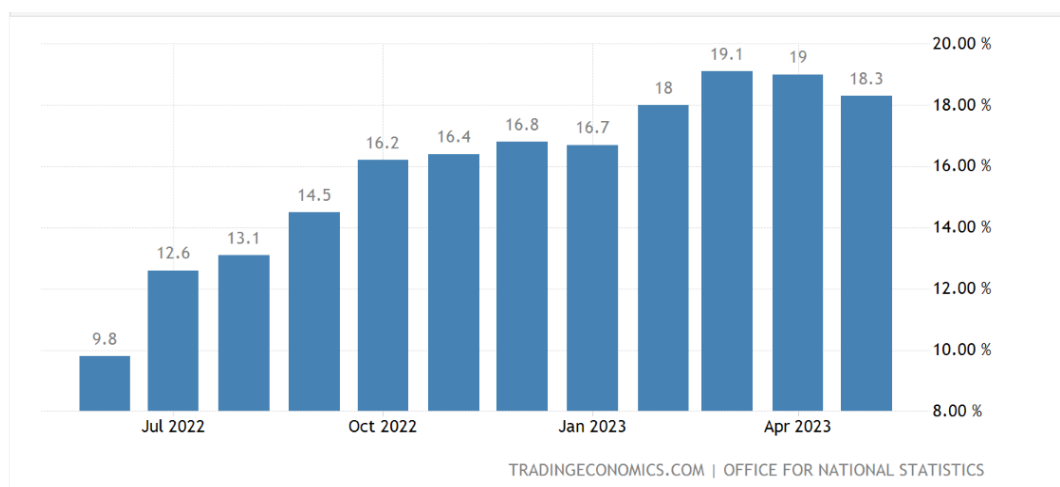
Statista nutzt Daten von **Trading Economics** und des **Office for National Statistics UK**, die den HVPI-Angaben für Lebensmittel der OECD entsprechen und diese wie folgt abbilden:²²



21 <https://www.global-rates.com/de/wirtschaftsstatistiken/inflation/verbraucherpreisen/hvpi/grossbritannien.aspx>.

22 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1344776/umfrage/inflationsrate-von-lebensmitteln-im-vereinigten-koenigreich/>.

Trading Economics stellt die **Verbraucherpreisentwicklung für Lebensmittel (HVPI)** im Zeitraum **Juni 2022 bis Mai 2023** wie folgt dar:²³



Germany Trade & Invest (GTAI) beschreibt die **Lage auf dem Lebensmittelsektor** wie folgt (Stand: 05.05.2023):²⁴

„Trotz hoher Umsätze steht die britische Nahrungsmittelbranche vor großen Hürden. Grund dafür sind neben dem Brexit die noch immer hohe Inflation, steigende Lohnkosten und die Energiepreiskrise. Im März 2023 wuchs die Inflationsrate für Nahrungsmittel und Getränke auf 19,2 Prozent im Vergleich zur Vorjahresperiode. So hoch war sie seit 45 Jahren nicht mehr. Zu den Produktgruppen, die besonders betroffen waren, zählten Milchprodukte, Mehl und andere Zerealien, sowie Öl und Zucker. Für Olivenöl stieg die Teuerungsrate sogar auf einen kurzzeitigen Höchstwert von 49,2 Prozent.

Es ist zu erwarten, dass für 2023 der Preisdruck für britische Verbraucher hoch bleibt, eine gesamtwirtschaftliche Rezession aber vermieden wird. Der Höhepunkt der Lebensmittelinflation sollte überschritten sein und sich nun verlangsamen. Die Nachwirkungen des Brexits und die gestiegenen Kosten machen sich jedoch inzwischen in der Stimmung der Unternehmen bemerkbar. Laut dem Fachverband für britische Lebensmittel- und Getränkehersteller FDF blicken die Produzenten überwiegend pessimistisch in die Zukunft.

Laut dem [Office for National Statistics](https://www.ons.gov.uk/) ist die Branche die am stärksten betroffene von Lieferkettenschwierigkeiten und den Preiserhöhungen. Mehr als 80 Prozent der Produzenten absorbieren einen Teil der Preiserhöhungen, um sie nicht an ihre Kunden weitergeben zu müssen. Karen Betts, CEO von FDF, erläutert dazu: „Dies wirkt sich auf die Gewinnspannen der Unternehmen und die Widerstandsfähigkeit unseres Sektors aus. Ein Rückgang

23 <https://de.tradingeconomics.com/united-kingdom/food-inflation>.

24 <https://www.gtai.de/de/trade/vereinigtes-koenigreich/branchen/grossbritanniens-nahrungsmittelindustrie-will-raus-aus-der-krise-987992>.

der Investitionen ist die Folge und deutet auf eine besorgniserregende wirtschaftliche Entwicklung hin'. Gemäß FDF ist die britische Ernährungswirtschaft der wichtigste Akteur in der verarbeitenden Industrie Großbritanniens. [...]

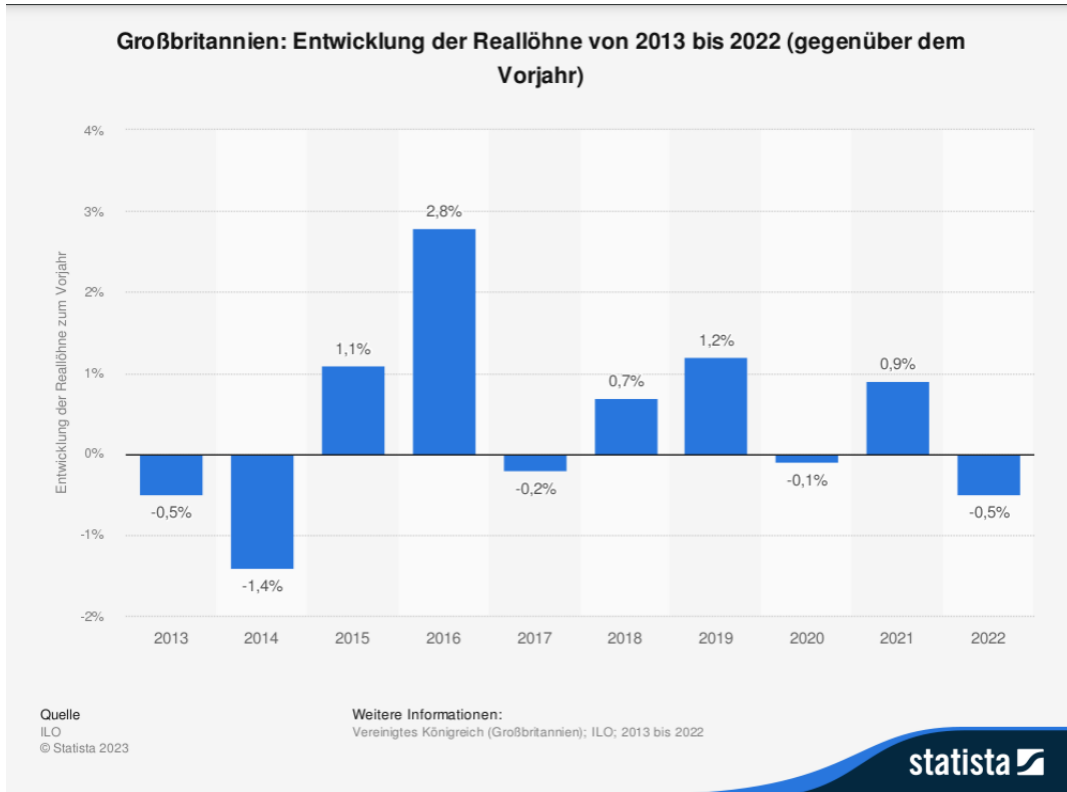
Zur Förderung der Industrie wurde von der britischen Regierung 2022 das ‚[Energy Bill Relief Scheme](#)‘ lanciert. Mit ihren relativ hohen Energiekosten war die Nahrungsmittelbranche ein wichtiger Profiteur dieser Initiative. So wurde das Programm auch von den Unternehmen positiv aufgenommen, erklärt Kate Nicholls, CEO vom Verband UK Hospitality. Die Subventionierung endete jedoch schon im März 2023 nach nur sechs Monaten Laufzeit.“

GTAI bemerkte bereits am 01.12.2022 zur Entwicklung:²⁵

„Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erwartet, dass die Inflation in Großbritannien in diesem Jahr mit 6,9 Prozent so hoch ausfallen wird wie in keinem anderen G7-Land. Nach dem [42-Jahres-Hoch der Teuerungsrate](#) von 11,1 Prozent im Oktober 2022 konnte sie bis in den Mai 2023 nur auf 8,7 Prozent abkühlen. Um die Inflation zu bekämpfen hat die Bank of England Ende Juni 2023 den Leitzins um 0,5 Punkte auf 5 Prozent erhöht, der [dreizehnte Zinsschritt](#) seit etwa eineinhalb Jahren.

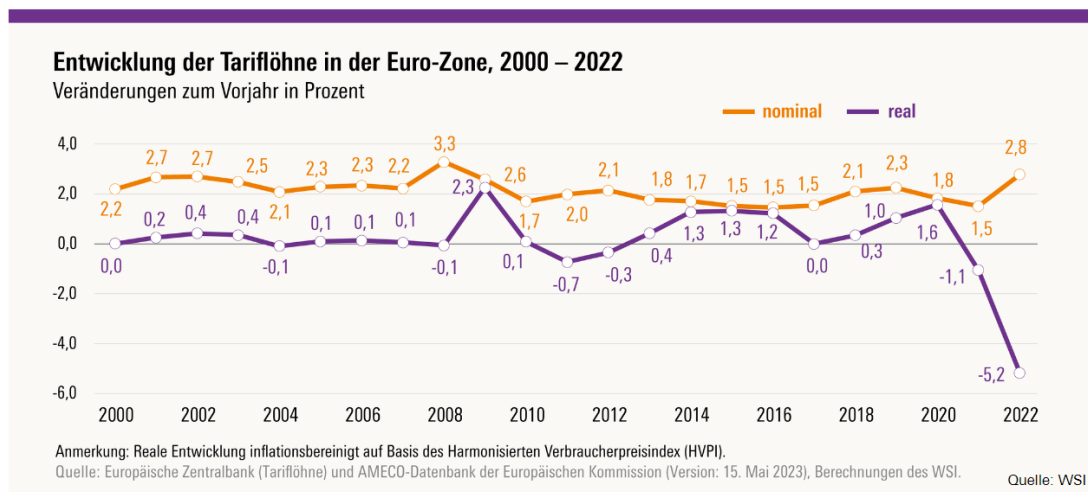
Für das Wirtschaftswachstum prognostiziert die OECD für das Königreich einen schwachen Realanstieg um 0,3 Prozent. Unter den anderen G7-Ländern ist das Land nur noch von Deutschland mit einem Nullwachstum untertroffen. Das britische Wachstumsproblem verschärft sich damit weiter. Zahlreiche Ökonomen rechnen damit, dass sich die Wirtschaft wohl erst 2025 von den Folgen des starken Coroneinbruchs von 2020 erholen wird.“

25 <https://www.gtai.de/de/trade/vereinigtes-koenigreich/wirtschaftsumfeld/hohe-inflation-wenig-wachstum-244994>.



3.2. Kaufkraftentwicklung (Reallohn)

Das Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung veranschaulicht die Entwicklung der Tariflöhne in der Euro-Zone für 2000 bis 2022 wie folgt:²⁶



26 WSI, Europäischer Tarifbericht des WSI – 2022 / 2023, Inflationsschock lässt Reallöhne europaweit einbrechen, WSI Report Nr. 86, Juli 2023, https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008656/p_wsi_report_86_2023.pdf.

Das WSI führt zur Entwicklung aus:

„Mit einem **Rückgang** der **Reallöhne** um **4,0 %** erlitten die Beschäftigten in der Europäischen Union im Jahr 2022 einen bisher einmaligen Verlust an Kaufkraft. Ursächlich war der **rapide Anstieg** der **Verbraucherpreise**, hinter den das Nominallohnwachstum deutlich zurückfiel. Inzwischen wird die Teuerung nicht mehr von den Importpreisen für Energie, sondern von inländischen Faktoren bestimmt. Die gestiegenen Gewinnmargen der Unternehmen sind dabei eine wesentliche Ursache der beharrlichen Inflation. In diesem schwierigen Umfeld ergibt sich für die Gewerkschaften die Herausforderung, die Reallöhne zu sichern – und für die Unternehmen die Verantwortung, durch den Abbau der Übergewinne ihren Beitrag zur Rückkehr auf den stabilitätspolitischen Pfad zu leisten.“

In der weiteren Analyse verdeutlicht das WSI im Rahmen einer Tabelle die Entwicklung von Löhnen und Verbraucherpreisen der einzelnen EU-27-Länder im Zeitablauf.²⁷

Entwicklung von Löhnen und Verbraucherpreisen in der Europäischen Union, 2020–2023*

Angaben in Prozent

	Nominallohne				Verbraucherpreise (HVPI)				Reallöhne			
	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Nordeuropa												
Dänemark	2,6	2,9	2,9	4,9	0,3	1,9	8,5	4,3	2,2	1,0	-5,2	0,6
Finnland	0,4	3,6	3,2	4,5	0,4	2,1	7,2	4,8	0,0	1,5	-3,7	-0,3
Schweden	2,5	4,3	2,8	4,0	0,7	2,7	8,1	6,0	1,8	1,6	-4,8	-1,8
Westeuropa												
Belgien	-1,6	4,1	7,2	9,0	0,4	3,2	10,3	3,4	-2,0	0,9	-2,8	5,4
Deutschland	0,4	3,1	4,2	5,5	0,4	3,2	8,7	6,8	0,0	-0,1	-4,1	-1,3
Frankreich	-2,7	4,7	5,0	5,4	0,5	2,1	5,9	5,5	-3,2	2,6	-0,8	-0,1
Irland	3,7	2,6	4,2	5,6	-0,5	2,4	8,1	4,6	4,2	0,2	-3,6	0,9
Luxemburg	1,2	6,0	5,4	6,9	0,0	3,5	8,2	3,2	1,2	2,5	-2,6	3,6
Niederlande	4,8	2,2	3,9	5,5	1,1	2,8	11,6	4,9	3,7	-0,6	-7,0	0,6
Österreich	1,8	2,8	4,6	8,3	1,4	2,8	8,6	7,1	0,4	0,0	-3,7	1,1
Südeuropa												
Griechenland	-0,6	2,3	0,3	3,6	-1,3	0,6	9,3	4,2	0,6	1,8	-8,2	-0,6
Italien	-4,1	5,9	4,8	3,9	-0,1	1,9	8,7	6,1	-3,9	3,9	-3,6	-2,1
Malta	-0,4	4,6	2,8	5,6	0,8	0,7	6,1	5,4	-1,2	3,9	-3,1	0,2
Portugal	1,5	4,1	6,1	5,7	-0,1	0,9	8,1	5,1	1,6	3,1	-1,9	0,6
Spanien	0,5	2,7	3,2	4,9	-0,3	3,0	8,3	4,0	0,8	-0,3	-4,8	0,9
Zypern	-0,5	3,8	3,8	6,3	-1,1	2,3	8,1	3,8	0,6	1,6	-4,0	2,4
Osteuropa												
Bulgarien	7,2	11,3	18,4	13,5	1,2	2,8	13,0	9,4	5,9	8,2	4,7	3,8
Estland	6,2	9,8	8,3	10,3	-0,6	4,5	19,4	9,2	6,8	5,1	-9,3	1,1
Kroatien	1,2	10,4	7,9	7,5	0,0	2,7	10,7	6,9	1,2	7,5	-2,5	0,6
Lettland	5,0	11,1	9,0	10,8	0,1	3,2	17,2	9,3	4,9	7,6	-7,1	1,4
Litauen	6,6	11,9	10,6	10,4	1,1	4,6	18,9	9,2	5,5	7,0	-7,0	1,1
Polen	5,3	4,7	13,2	12,7	3,7	5,2	13,2	11,7	1,6	-0,5	0,0	0,9
Rumänien	4,0	1,9	11,1	9,6	2,3	4,1	12,0	9,7	1,7	-2,1	-0,8	-0,1
Slowakei	3,9	6,9	6,0	9,7	2,0	2,8	12,1	10,9	1,8	4,0	-5,4	-1,1
Slowenien	3,4	7,9	4,3	7,7	-0,3	2,0	9,3	7,0	3,7	5,8	-4,6	0,7
Tschechien	3,1	5,0	5,5	7,3	3,3	3,3	14,8	11,9	-0,1	1,7	-8,1	-4,1
Ungarn	3,0	8,8	15,0	14,6	3,4	5,2	15,3	16,4	-0,4	3,4	-0,2	-1,5
EU-27	0,0	4,0	4,8	5,9	0,7	2,9	9,2	6,7	-0,7	1,1	-4,0	-0,7

Anmerkungen:

Alle Angaben beruhen auf dem Personenkonzept (nicht auf Vollzeitäquivalenten). Dadurch ergeben sich für Frankreich, die Niederlande, Italien, Spanien sowie die EU-27 Abweichungen zu den Veröffentlichungen der Europäischen Kommission (2020). Die Europäische Kommission verwendet zur Berechnung der Reallöhne im Unterschied zum WSI den Preisindex für den privaten Konsum; auch hierdurch kommt es zu geringfügigen Abweichungen zwischen beiden Veröffentlichungen.

Nominallohne = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (nicht arbeitszeitbereinigt).

Verbraucherpreise = Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

Reallöhne = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (nicht arbeitszeitbereinigt).

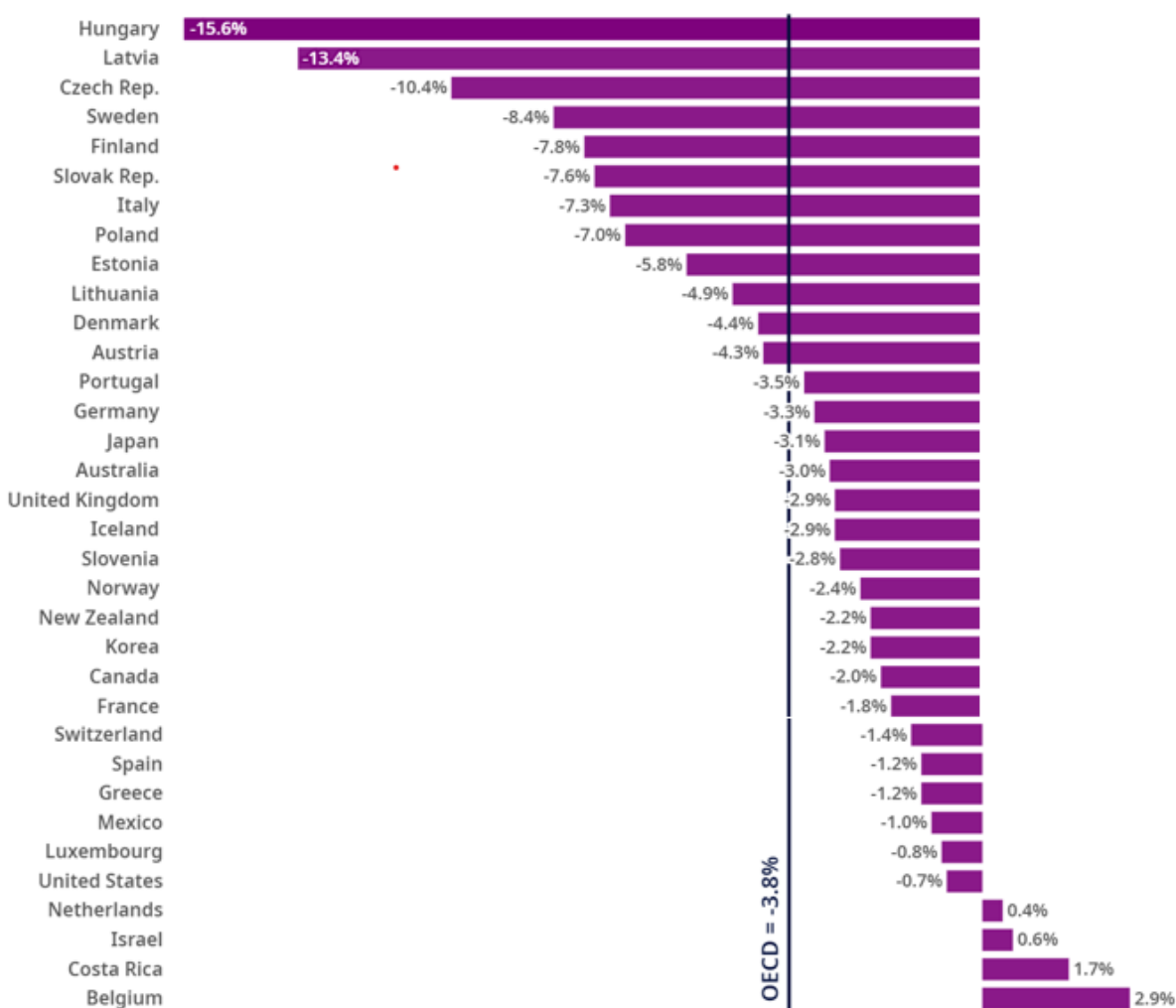
* Angaben für 2023: Prognose der Europäischen Kommission.

Die OECD bemerkt zur Reallohnentwicklung (Stand: 11.07.2023):²⁸

„Die realen Stundenlöhne sind in vielen Branchen und OECD-Ländern gesunken, und die Lebenshaltungskosten sind gestiegen. Im ersten Quartal 2023 war das reale jährliche Lohnwachstum trotz des Anstiegs der Nominallöhne in 30 der 34 Länder mit verfügbaren Daten negativ, mit einem durchschnittlichen Rückgang von 3,8 %.“

Growth in real wages

% change, Q1 2023 vs Q1 2022



Note: Real wages are defined as compensation per employee deflated by the consumers' expenditure deflator.
Source: OECD (2023), OECD Employment Outlook 2023.

28 <https://www.oecd.org/newsroom/oecd-job-markets-remain-tight-though-inflation-is-hitting-real-wages.htm>.

Hinsichtlich des **Vereinigten Königreichs** basieren die Angaben von Statista auf dem [Global Wage Report 2022/23](#) der ILO:²⁹

„In Großbritannien sinken die Reallöhne im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Prozent. Die Statistik zeigt die Entwicklung der Reallöhne in Großbritannien von 2013 bis 2022. Die Entwicklung der Reallöhne berücksichtigt die jeweiligen Inflationsraten, d. h. die Steigerung der Bruttolöhne wird mit der Steigerung der Verbraucherpreise verrechnet.“

3.3. Kaufkraftentwicklung von Renten

Die „Informationen zur Sozialpolitik (SOPOINFO)“ der IG Metall führen zu den Rentenerhöhungen, Kaufkraftverlusten und dem Inflationsschutz aus:³⁰

„Auch Rentnerinnen und Rentner werden Kaufkraftverluste hinnehmen müssen, wenn sich die Prognosen über die Preisentwicklung bestätigen. So liegt die Inflationsprognose der Bundesregierung bei 6,0 Prozent für 2023. Tatsächlich lag die Inflationsrate in Deutschland im Februar sogar bei 8,7 Prozent und damit unverändert hoch. Dass hohe Inflationsraten ärmere Haushalte besonders stark treffen, darauf haben die Wissenschaftler*innen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung mehrfach hingewiesen. ‚Familien sowie Alleinlebende mit jeweils niedrigen Einkommen hatten im Februar mit je 9,9 Prozent die höchste Inflationsbelastung zu tragen, Alleinlebende mit sehr hohen Einkommen mit 7,4 Prozent die mit Abstand niedrigste‘.

Nun gehören glücklicherweise nicht alle Rentenbezieher*innen ins untere Einkommenssegment. Aber in der Rentenphase ist das verfügbare Einkommen geringer als in der Erwerbsphase und der Anteil, der für Heizung, Strom und Nahrungsmittel verausgabt werden muss, höher. Und bei diesen Gütern steigen die Preise besonders stark an.

Doch wie umgehen mit hohen Preissteigerungsraten, wenn es um Alterseinkommen geht? Auch wenn das Inflationsrisiko bei **kapitalgedeckten Systemen** deutlich höher ist, ist auch das **Umlagesystem** der gesetzlichen Rentenversicherung nicht frei von Problemen bei großen Preissprüngen. Das zeigt gerade die aktuelle Entwicklung. Dem könnte entgegengewirkt werden, indem man die Rentenanpassung nicht mehr grundsätzlich an die Entwicklung der Löhne, sondern an die der **Preise koppeln** würde. Eine solche Preisindexierung der Renten ist nichts Ungewöhnliches. So folgt etwa in Frankreich, Italien oder Österreich die Rentenanpassung der Preisentwicklung. Schaut man sich [...] die **Verbraucherpreise** in Deutschland an, so sind diese seit 2010 um rund **25 Prozent** in 2022 gestiegen. Die **Renten** stiegen im gleichen Zeitraum um etwas mehr als **32 Prozent** (siehe Abbildung). Die Ursache liegt

29 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/689228/umfrage/entwicklung-der-realloehne-in-grossbritannien/>.

30 Umfang von Rentensteigerungen: SOPOINFO, 28.03.2023, Rentenerhöhung, Kaufkraftverluste und Inflationsschutz, <https://www.sopo-info.de/de/article/60.rentenerh%C3%B6hung-kaufkraftverluste-und-inflationsschutz.html>.

darin, dass die Lohnentwicklung in der Regel Preisentwicklung und Produktivitätsfortschritt abbildet. In einem lohnbasierten Rentensystem profitieren davon auch die Ruheständler.“

Ein Vergleich der Rentenanpassungen in den **EU-27-Staaten** hängt somit immer auch davon ab, an welchem Index die Rente geknüpft ist (Löhne, Preise, etc.). Die OECD gibt folgende Übersicht:³¹

31 OECD, 2022, Coping with the cost of living crisis: How inflation challenges pensions, S. 4, <https://www.oecd.org/pensions/How-inflation-challenges-pensions.pdf>.

Table 1. Indexation of pensions in payment by component

	Targeted	Basic	Minimum pension	Mandatory earnings-related	
				Main scheme	Complementary scheme
Australia	Highest of prices or cost of living			FDC annuities	
Austria	Discretionary		Prices	Prices up to a threshold	
Belgium	Prices		Prices	Prices	
Canada	Prices	Prices		Prices ³	
Chile	Prices		Prices	FDC annuities	
Colombia	Discretionary		Minimum wages	Prices	
Costa Rica	Wages		Wages	Prices	FDC annuities
Czech Republic	Prices	Wages	Partly to wages	50%w + 50%p	
Denmark	Wages	Wages		FDC annuities	FDC annuities
Estonia	80%wb + 20%p	80%wb + 20%p		80%wb + 20%p	
Finland	Prices			20%w + 80%p	
France	Prices		Prices	Prices	Frequent changes in rule
Germany	Wages			Wages ³	
Greece	Prices	Prices		Prices	
Hungary	Prices		Discretionary	Prices	
Iceland	Prices	Highest of wages or cost of living		FDC annuities	
Ireland	Discretionary	Discretionary			
Israel	Prices	Prices		FDC annuities	
Italy	Prices		Prices	Prices up to a threshold	
Japan	Prices	prices ¹²		Prices ¹	
Korea	Prices	Prices		Prices	
Latvia	Wages		Wages	80%wb + 20%p	FDC annuities
Lithuania	Prices	GDP		wb	
Luxembourg	Highest of prices or wages	Highest of prices or wages ³	Highest of prices or wages ³	Highest of prices or wages ³	
Mexico	Prices	Prices	Prices	FDC annuities	
Netherlands	Minimum wage	Minimum wage		Prices ³	
New Zealand	Prices and periodically net average wage	Prices and periodically net average wage			
Norway	50%w+50%p	50%w+50%p		50%w+50%p	FDC annuities
Poland	Prices		Prices + at least 20% real wages	Prices + at least 20% real wages	
Portugal	Prices ²		Prices ²	Prices up to a threshold	
Slovak Republic	Prices		Wages	Prices	
Slovenia	Wages		60%w + 40%p	60%w + 40%p	
Spain	At least equal to contributory pension increase		Prices	Prices	
Sweden	Prices			w – 1.6% ³	FDC annuities
Switzerland	50%w+50%p		50%w+50%p	50%w+50%p	prices
Türkiye	Prices		Prices	Prices	
United Kingdom	Highest of prices, wages or 2.5%	Highest of prices, wages or 2.5%		FDC annuities	
United States	Prices			Prices	

1. Indexation is to wages until age 67. 2. Indexation is more favourable when real GDP growth exceeds 2%. 3. Exact indexation conditional on pension finances or on sustainability factor. Targeted components refer to means-tested schemes. Basic pensions can be residence-based or contribution-based; the amount of benefits may depend on the number of years of residence or contributions. Earnings-related benefits are computed depended on past wages. Minimum pensions refer to either the minimum of a specific contributory scheme or of all schemes combined.

Source: Updated information from OECD (2021^[7]) *Pensions at a Glance 2021*, <https://doi.org/10.1787/ca401ebd-en>.

3.4. Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Arbeitslosigkeit

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung veranschaulicht die Entwicklung von BIP und Arbeitslosigkeit innerhalb der EU-27 wie folgt:³²

Wachstum und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union, 2020–2023*

Angaben in Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Arbeitslosigkeit			
	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Nordeuropa								
Dänemark	-2,0	4,9	3,8	0,3	5,6	5,1	4,5	5,0
Finnland	-2,4	3,0	2,1	0,2	7,7	7,7	6,8	7,1
Schweden	-2,2	5,4	2,6	-0,5	8,5	8,8	7,5	7,7
Westeuropa								
Belgien	-5,4	6,3	3,2	1,2	5,8	6,3	5,6	5,8
Deutschland	-3,7	2,6	1,8	0,2	3,7	3,7	3,1	3,2
Frankreich	-7,8	6,8	2,6	0,7	8,0	7,9	7,3	7,4
Irland	6,2	13,6	12,0	5,5	5,9	6,2	4,5	4,3
Luxemburg	-0,8	5,1	1,5	1,6	6,8	5,3	4,6	4,8
Niederlande	-3,9	4,9	4,5	1,8	4,9	4,2	3,5	3,8
Österreich	-6,5	4,6	5,0	0,4	6,0	6,2	4,8	4,9
Südeuropa								
Griechenland	-9,0	8,4	5,9	2,4	17,6	14,7	12,5	12,2
Italien	-9,0	7,0	3,7	1,2	9,3	9,5	8,1	7,8
Malta	-8,6	11,8	6,9	3,9	4,4	3,4	2,9	2,9
Portugal	-8,3	5,5	6,7	2,4	7,0	6,6	6,0	6,5
Spanien	-11,3	5,5	5,5	1,9	15,5	14,8	12,9	12,7
Zypern	-4,4	6,6	5,6	2,3	7,6	7,5	6,8	6,9
Osteuropa								
Bulgarien	-4,0	7,6	3,4	1,5	6,1	5,3	4,3	4,3
Estland	-0,6	8,0	-1,3	-0,4	6,9	6,2	5,6	6,2
Kroatien	-8,5	13,1	6,2	1,6	7,5	7,6	7,0	6,6
Lettland	-2,3	4,3	2,8	1,4	8,1	7,6	6,9	6,8
Litauen	0,0	6,0	1,9	0,5	8,5	7,1	6,0	6,6
Polen	-2,0	6,9	5,1	0,7	3,2	3,4	2,9	3,3
Rumänien	-3,7	5,8	4,7	3,2	6,1	5,6	5,6	5,4
Slowakei	-3,3	4,9	1,7	1,7	6,7	6,8	6,1	5,8
Slowenien	-4,3	8,2	5,4	1,2	5,0	4,8	4,0	3,9
Tschechien	-5,5	3,6	2,5	0,2	2,6	2,8	2,2	2,8
Ungarn	-4,5	7,2	4,6	0,5	4,1	4,1	3,6	4,2
EU-27	-5,6	5,4	3,5	1,0	7,2	7,1	6,2	6,2

Anmerkungen:**Bruttoinlandsprodukt** = Veränderung des BIP in % gegenüber dem Vorjahr (real).**Arbeitslosenquote** = Anzahl der Arbeitslosen in % der zivilen Erwerbsbevölkerung (Eurostat-Definition).

* Angaben für 2023: Prognose der Europäischen Kommission.

Hinsichtlich des Vereinigten Königreichs nutzt Statista Daten des Office for National Statistics (UK):³³

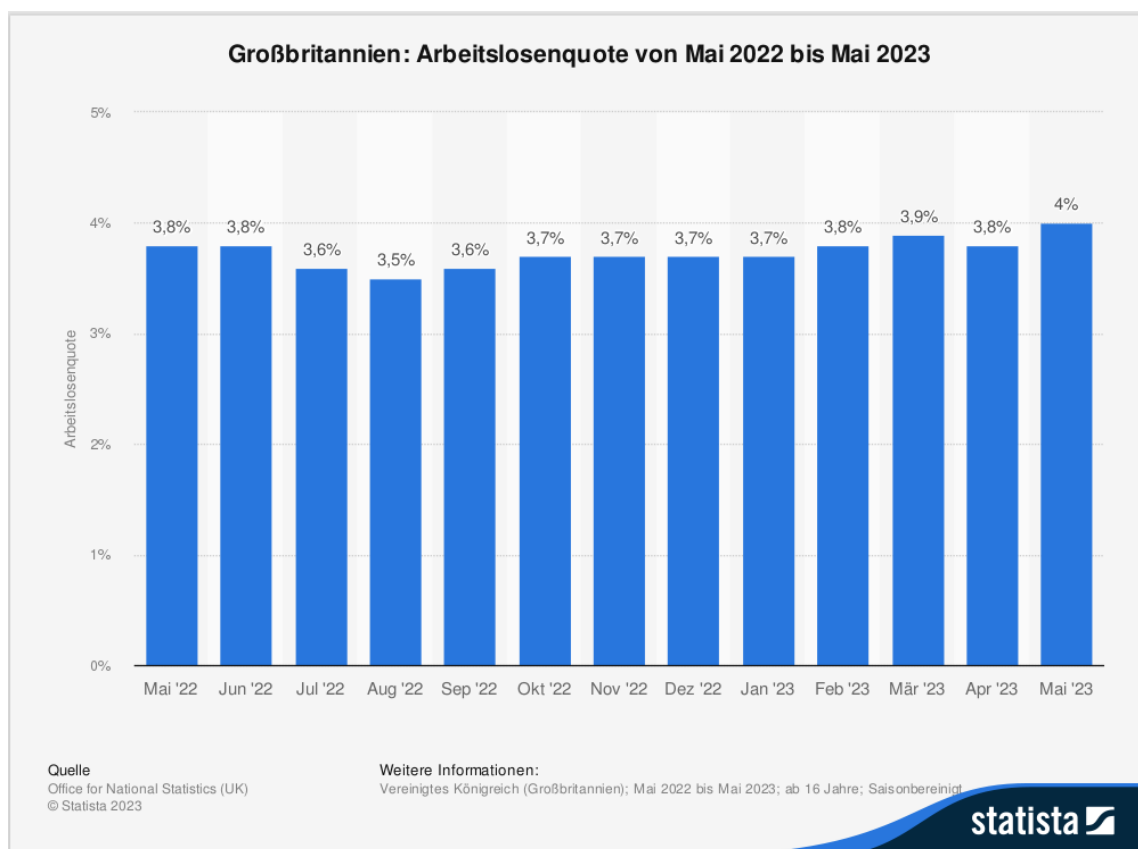
„Im 1. Quartal 2023 ist das **reale BIP** in Großbritannien saisonbereinigt um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorquartal und um rund 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal gestiegen. Die Statistik zeigt das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Großbritannien vom 1. Quartal 2021 bis zum 1. Quartal 2023.“



Gleiches gilt für Daten zur Entwicklung der **Arbeitslosenquote**:³⁴

„Im Mai 2023 hat die Arbeitslosenquote in Großbritannien saisonbereinigt bei rund 4 Prozent gelegen. Die Statistik zeigt die Arbeitslosenquote in Großbritannien von Mai 2022 bis Mai 2023.“

34 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/214809/umfrage/monatliche-arbeitslosenquote-in-grossbritannien/>.

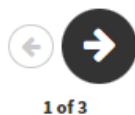


3.5. Umfang staatlicher Hilfsmaßnahmen

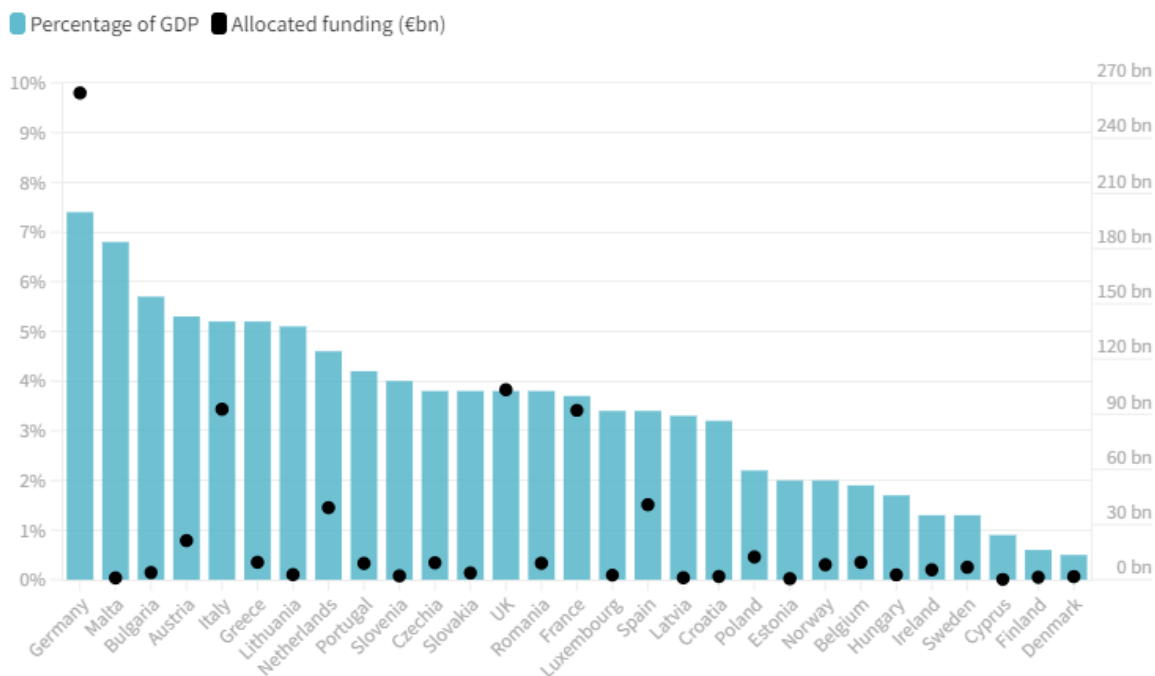
Der in Brüssel ansässige Think Tank Bruegel hat die staatlichen Hilfsmaßnahmen zur Abfederung der **Energiepreise** einzelner europäischer Staaten aufgelistet und in Grafiken veranschaulicht:³⁵

„Die erste Registerkarte der folgenden Abbildung zeigt die von ausgewählten EU-Ländern im Zeitraum September 2021 bis Januar 2023 bereitgestellten Mittel, um Haushalte und Unternehmen vor den steigenden Energiepreisen und ihren Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten zu schützen.

35 Bruegel, 26.06.2023, Datensatz: Nationale fiskalpolitische Reaktionen auf die Energiekrise, <https://www.bruegel.org/dataset/national-policies-shield-consumers-rising-energy-prices>.



Governments earmarked and allocated funding to shield households and firms from the energy crisis (Sep 2021 - Jan 2023), % GDP.
Last update: 13.02.2023



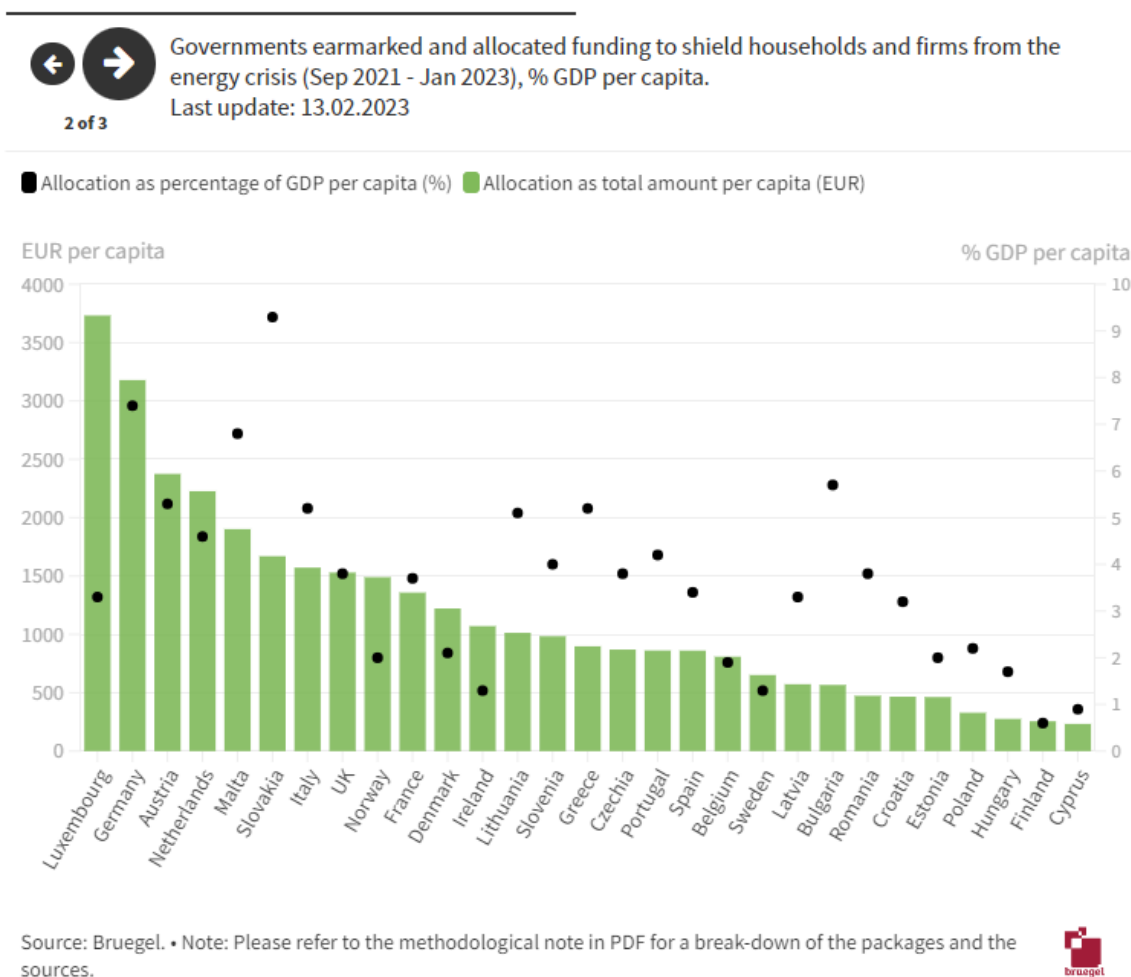
Source: please refer to the methodological note in excel for a break-down of the packages and the sources in details.

Note: We include only measures that are provisional and motivated by the energy crisis while we exclude pre-existing ones. Estimated numbers also include funding earmarked but not yet allocated. The GDP used for the graph above was retrieved from Eurostat in date 21.04.2022 and refers to the year 2021. Following the recent decrease in natural gas prices, governments have revised the budget earmarked for measures to shield households and firms from the energy crisis, and we have revised the figures for Slovakia accordingly.



Eine Flourish-Datenvisualisierung

Auf der zweiten Registerkarte wird die gesamte Unterstützung für Haushalte und Unternehmen pro Kopf angezeigt.“



Eine Flourish-Datenvisualisierung

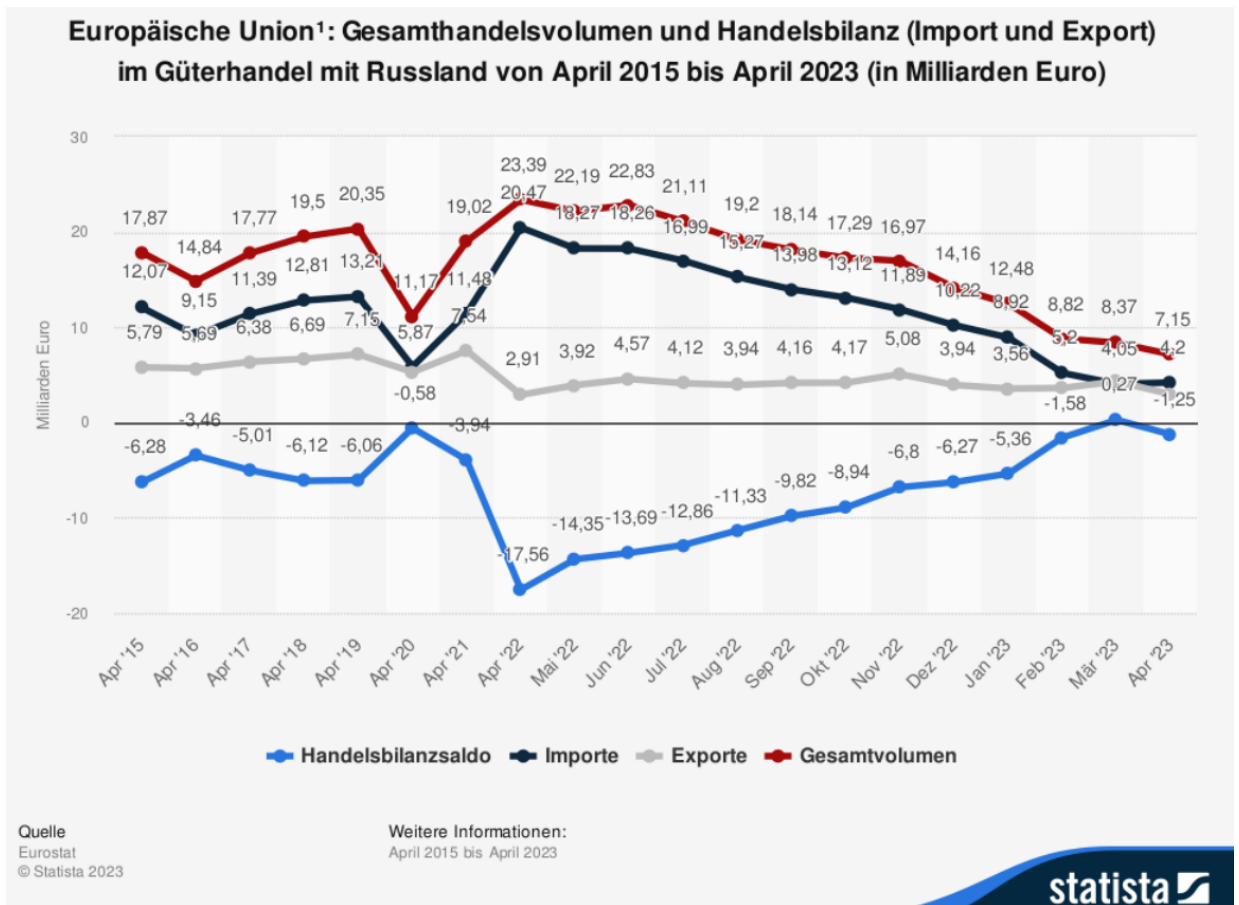
3.6. Import/Export EU-RUS

Unter Verweis auf Daten von Eurostat führt Statista aus:³⁶

„Das Gesamthandelsvolumen der Europäischen Union (EU-27) mit Russland beträgt im April 2023 rund 7,2 Milliarden Euro. Die Länder der EU importierten im April 2023 Waren im Wert von rund 4,2 Milliarden Euro aus Russland und exportierten im April 2023 Waren im Wert von rund 3 Milliarden Euro nach Russland. Die Europäische Union erzielte dementsprechend im April 2023 im Güterhandel mit Russland einen Handelsbilanzdefizit in Höhe von rund 1,3 Milliarden Euro.“

36 Statista, 19.06.2023, Europäische Union: Gesamthandelsvolumen und Handelsbilanz (Import und Export) im Güterhandel mit Russland von April 2015 bis April 2023 (in Milliarden Euro), <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/488004/umfrage/handelsbilanz-der-eu-mit-russland/>.

Die Statistik zeigt den Wert des Gesamtvolumens im Güterhandel zwischen der Europäischen Union (EU-27) und Russland von April 2015 bis April 2023, aufgeschlüsselt nach den Werten für Import, Export und dem Handelsbilanzsaldo. Die Handelsbilanz bezeichnet den Wert der Warenexporte minus dem Wert der Warenimporte. Ein positiver Wert bedeutet einen Handelsbilanzüberschuss, ein negativer Wert ein Handelsbilanzdefizit.“



4. Sanktionsfolgen

4.1. Deutschland

4.1.1. Ausgewählte Indikatoren und Märkte

Destatis dokumentiert die Sanktionsfolgen anhand einiger wesentlicher Auswirkungen:³⁷

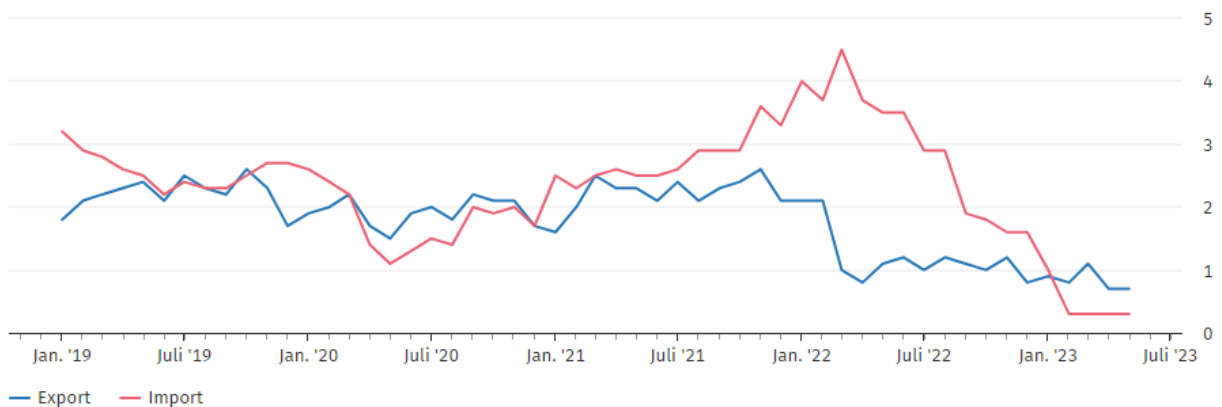
³⁷ <https://www.destatis.de/DE/Im-Fokus/Ukraine/Wirtschaft/ inhalt.html>.

„Außenhandel

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine hat Deutschland gemeinsam mit internationalen Partnern Sanktionen gegen die Russische Föderation beschlossen. Darin sind auch Einschränkungen für den Handel mit Russland enthalten.

Außenhandel Deutschlands mit der Russischen Föderation

Monatliche Entwicklung in Milliarden Euro

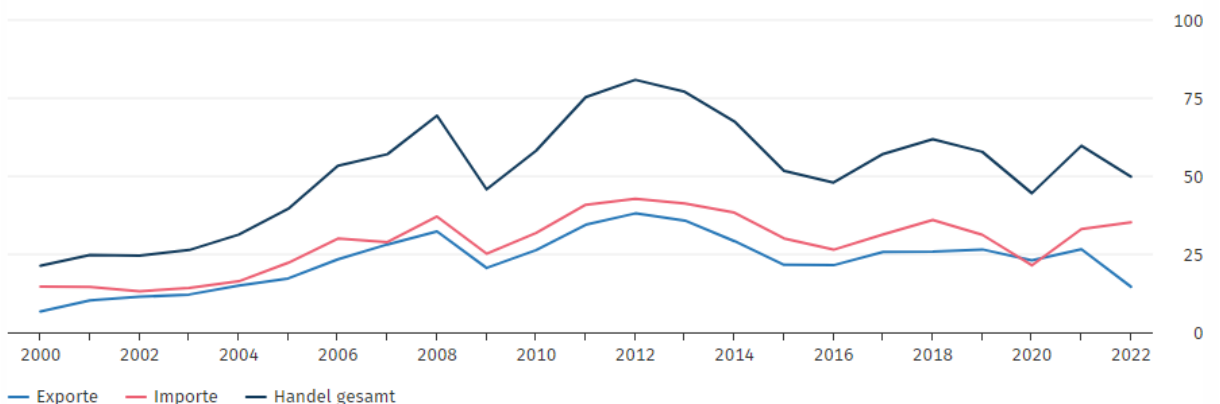


© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Der russische Angriff auf die Ukraine und die gegen Russland getroffenen Sanktionen haben sich im Jahr 2022 deutlich [auf den deutschen Außenhandel](#) ausgewirkt. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, sanken die deutschen Warenexporte nach Russland gegenüber 2021 um 45,2 % auf 14,6 Milliarden Euro. In der Rangfolge der wichtigsten Abnehmerstaaten deutscher Exporte fiel Russland im Vorjahresvergleich von Rang 15 auf Rang 23.

Außenhandel zwischen Deutschland und Russland

Jährliche Entwicklung in Milliarden Euro



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

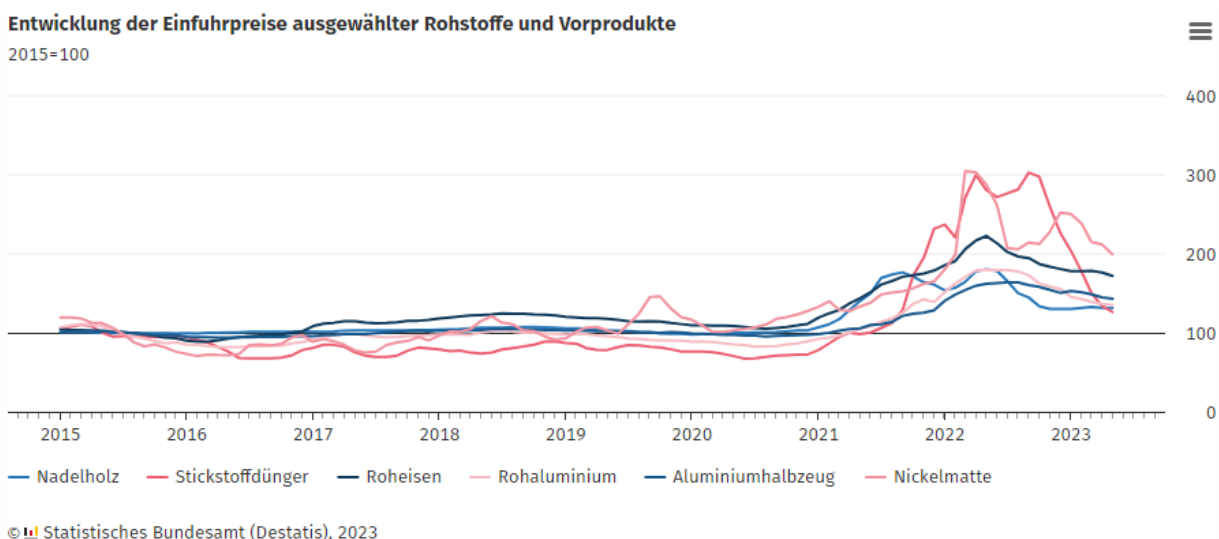
Bis in die **zweite Jahreshälfte** war Russland noch ein **wichtiger Energielieferant** für Deutschland. Aufgrund der infolge des Kriegs in der Ukraine stark gestiegenen Preise für

die Einfuhr von Energie stiegen die deutschen Importe aus Russland im Jahr 2022 wertmäßig noch um 6,5 % auf 35,3 Milliarden Euro. Die aus Russland importierte Warenmenge ging allerdings um 41,5 % zurück. In der Rangfolge der wichtigsten Warenlieferanten fiel Russland dadurch von Rang 12 auf Rang 14.

Angesichts der aktuellen Lage geraten neben den Wirtschaftsbeziehungen zu Russland auch jene zur Ukraine in den Fokus. Der Außenhandel mit der Ukraine ist im Jahr 2022 nach einem Höchststand im Jahr 2021 um 6,9 Prozent zurückgegangen. Er fiel mit einem Gesamtumsatz in Höhe von 7,9 Milliarden Euro jedoch deutlich geringer aus als der mit Russland. [...]

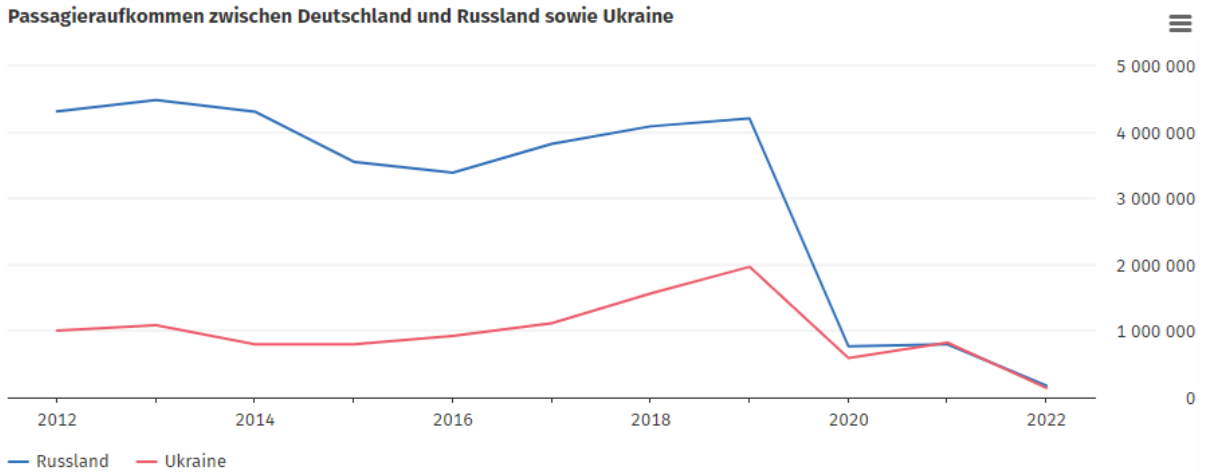
Einfuhrpreise ausgewählter Rohstoffe aktuell

Die Russische Föderation ist als **Exporteur bestimmter Rohstoffe** für die Wirtschaft in Deutschland von Bedeutung. Vor diesem Hintergrund zeigen wir die Entwicklung der Einfuhrpreise einiger ausgewählter Rohstoffe und Vorprodukte. Dabei handelt es sich um Indexwerte für Importe aus allen Herkunftsstaaten. Ein Überblick:



Verkehr

Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die darauffolgenden Sanktionen haben auch Auswirkungen auf den Luftverkehr. Das Passagieraufkommen zwischen Deutschland und der Russischen Föderation (in beide Richtungen) lag im Jahr 2022 bei rund 179 000 Fluggästen und entfiel überwiegend auf die Monate Januar und Februar. Seit dem 27.02.2022 ist der Luftraum der EU für russische Maschinen gesperrt. Im Vergleich zum Jahr 2021 (801 000 Passagiere) ging das Passagieraufkommen um 77,6 % zurück. Darüber hinaus liegen diese Zahlen noch deutlich (-95,7 %) unter dem Niveau vor Beginn der Corona-Pandemie. Im Jahr 2019 flogen noch rund 4,2 Millionen Passagiere zwischen Deutschland und der Russischen Föderation. Zur Einordnung: Der Luftverkehr Deutschlands mit dem Ausland nahm im Jahr 2022 insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um 111,9 % auf gut 145,9 Millionen Fluggäste zu.



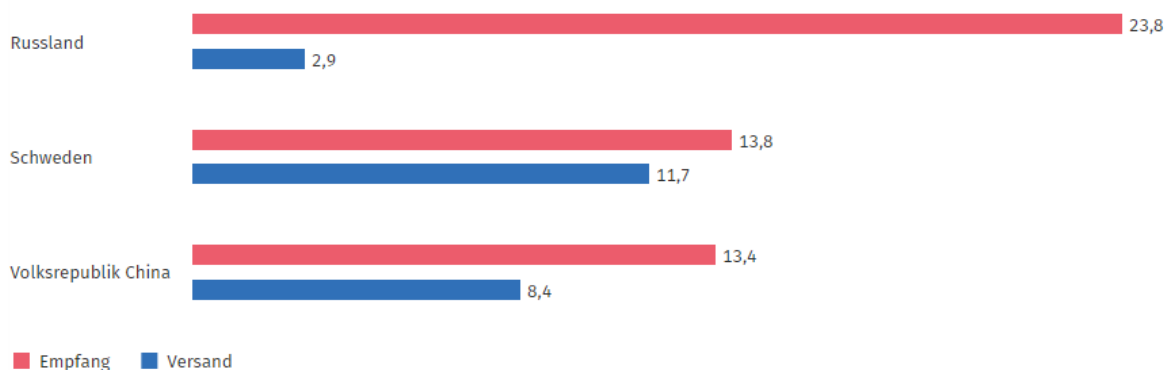
© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Von den deutschen Hauptverkehrsflughäfen starteten im Jahr 2022 knapp 1 200 Flüge mit direktem Ziel Russland, welchen zu 99,7 % nahezu ausschließlich bis einschließlich Februar stattfanden. Aus Russland kommend landeten rund 1 400 Flüge auf deutschen Flughäfen (davon 99,3 % im Januar und Februar). Insgesamt flogen rund 102 000 (61,7 % im Januar und Februar) Fluggäste zu einem letztbekanntem Streckenziel in der Russischen Föderation. In der Gegenrichtung reisten 77 000 (Passagiere von Russland nach Deutschland (99,9 % im Januar und Februar). [...]

Die Russische Föderation war im Jahr 2021 mit rund 26,6 Millionen Tonnen wichtigster Handelspartner der deutschen Seehäfen. Danach folgten Schweden (25,5 Millionen Tonnen) und die Volksrepublik China (21,7 Millionen Tonnen). Zur Einordnung: Im Jahr 2021 wurden in den deutschen Seehäfen insgesamt 288,7 Millionen Tonnen im Warenverkehr umgeschlagen. Im Vergleich zum Jahr 2020, das stark von den Auswirkungen der Coronapandemie geprägt war, ist dies ein Anstieg um 4,7 %.

Top 3 Handelspartner der deutschen Seehäfen 2021

Handelsgüter in Millionen Tonnen



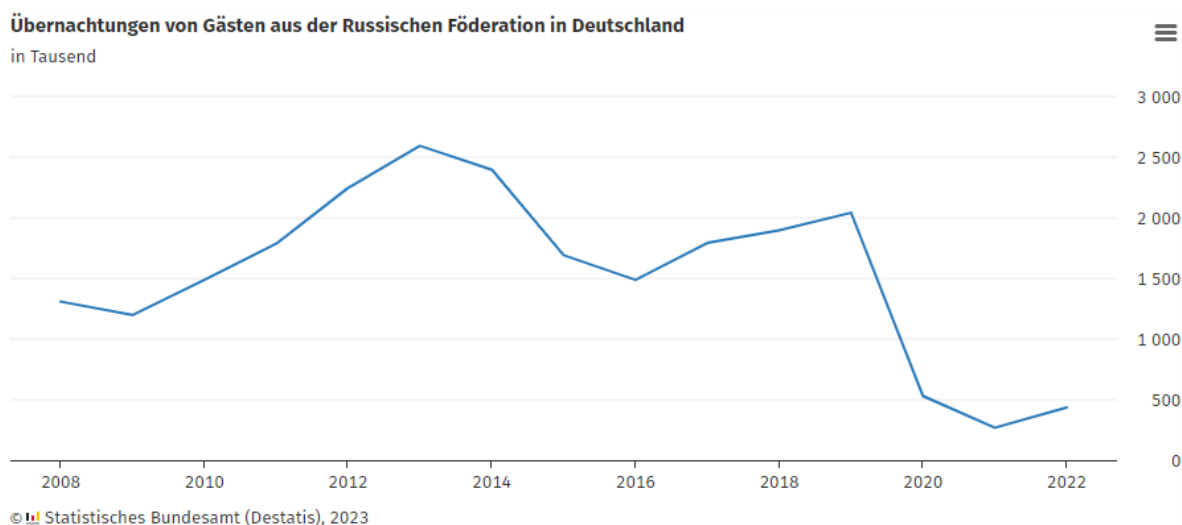
© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Kohle und Rohöl sind wichtige Handelsgüter deutscher Seehäfen. Insgesamt wurden im Jahr 2021 rund 31,5 Millionen Tonnen dieser fossilen Energieträger in deutschen Häfen empfangen, wobei 31,4 % des Empfangs auf Kohle und 68,6 % auf Rohöl entfielen. Mehr als ein Drittel (38,2 %) davon kamen aus der Russischen Föderation. Mit 12,2 Millionen Tonnen war Russland der wichtigste Handelspartner für fossile Energieträger der deutschen Seehäfen.

Tourismus

Der Angriff Russlands auf die Ukraine wirkt sich auch auf den Tourismus in Deutschland und der EU aus. Rund 435 700 [Übernachtungen von Gästen aus Russland](#) haben die [Beherbergungsbetriebe](#) 2022 in Deutschland gezählt. Das waren 63 % mehr als im Jahr 2021, aber 18 % weniger als im ersten Corona-Jahr 2020. Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus Russland erreichte im vergangenen Jahr nur rund ein Fünftel (21 %) des Vor-Corona-Niveaus aus dem Jahr 2019.

Von den insgesamt rund 68,1 Millionen Gästeübernachtungen aus dem Ausland entfielen gut 0,6 % im Jahr 2022 auf Gäste aus Russland. Im von der Corona-Pandemie geprägten Jahr 2021 hatte der Anteil bei 0,9 % gelegen. Unter den häufigsten Herkunftsländern aller Gäste aus dem Ausland rutschte die Russische Föderation von Rang 23 im Jahr 2021 auf Rang 37 im Jahr 2022 ab.



Unternehmen

Die Verflechtungen zwischen deutschen und russischen Unternehmen sind auf einem ähnlichen Niveau wie der Außenhandel. 1,3 % des Umsatzes aller [auslandskontrollierten Unternehmen in Deutschland](#) erwirtschafteten im Jahr 2020 jene mit Hauptsitz in Russland. Zum Vergleich: Auf Unternehmen mit Hauptsitz in den USA entfielen 18,1 % des Umsatzes. 229 russisch geführte Unternehmen gab es 2020 in Deutschland. Sie beschäftigten knapp 7 100 Menschen und erwirtschafteten dabei einen Umsatz in Höhe von 21,7 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vor-Corona-Jahr 2019 ging der Umsatz um rund ein Drittel (-31,4 %) von damals 31,6 Milliarden Euro zurück.

Umgekehrt wurden 2020 nach Angaben der Deutschen Bundesbank 472 Unternehmen in Russland von deutschen Investoren kontrolliert. Diese beschäftigten 120 200 Menschen und erwirtschafteten einen Jahresumsatz in Höhe von 31,9 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Anteil von 1,3 % des weltweiten Jahresumsatzes, den Unternehmen deutscher Investoren 2020 im Ausland erzielten. Zum Vergleich: 19,0 % dieses weltweiten Umsatzes von Unternehmen deutscher Investoren entstanden in den USA (458,3 Milliarden Euro). [...]

Weitaus weniger verbreitet sind dagegen auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland mit Hauptsitz in der Ukraine. Im ersten Pandemiejahr 2020 waren es 3, ein Jahr zuvor 8. Auch die Zahl der dort tätigen Personen ist im selben Zeitraum deutlich zurückgegangen, von 357 Beschäftigten im Jahr 2019 auf 85 im Jahr 2020. Die ukrainisch geführten Unternehmen in Deutschland erwirtschafteten 2020 nur noch einen Jahresumsatz von 3 Millionen Euro – im Vor-Corona-Jahr 2019 waren es noch 41 Millionen Euro.

Umgekehrt fällt das wirtschaftliche Engagement deutscher Investoren in der Ukraine größer aus. Die 102 Unternehmen deutscher Investoren mit ihren 38 300 Beschäftigten erwirtschafteten in der Ukraine einen Umsatz von 3,5 Milliarden Euro im Jahr 2020. Dies waren 17,2 % weniger Umsatz als im Vor-Corona-Jahr 2019, jedoch 42,2 % mehr als im Jahr 2017.“

4.1.2. Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) beschreibt die Folgen des **Ukraine-kriegs** und der **Energiekrise** für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in Deutschland wie folgt:³⁸

„• Der Forschungsbericht behandelt die Folgen des Krieges in der Ukraine und der Energiekrise für den Arbeitsmarkt und die ökonomische Entwicklung in Deutschland. Dazu werden Szenariorechnungen durchgeführt.

- Die Folgen des Kriegs zeigen sich in der verminderten Wachstumsdynamik der deutschen Wirtschaft **aufgrund** der **Sanktionen** und der höheren Preise für Energie und Rohstoffe (+80%).
- Bis 2030 verliert die deutsche Wirtschaft auch ohne einen kompletten Gas-Lieferstopp über **260 Milliarden Euro** an **Wertschöpfung**, die durch den Krieg in der Ukraine und die Energiekrise nicht realisiert werden kann.
- Auf Basis der getroffenen Annahmen kommt es zunächst zu überwiegend negativen Effekten auf den **Arbeitsmarkt**, die sich mit der Zeit abschwächen. Im Durchschnitt werden zwischen 2022 und 2028 150 000 Personen weniger beschäftigt sein als im Alternativszenario.

38 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), 09.08.2022, Die Folgen des Krieges in der Ukraine und der Energiekrise für Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Deutschland, IAB-Forschungsbericht 11/2022, <https://doku.iab.de/forschungsbericht/2022/fb1122.pdf>, S. 3.

- Durch den Zuzug von Geflüchteten nimmt die Erwerbsbevölkerung in Deutschland zwar zu. Die schlechteren Wirtschafts- und Verdienstaussichten führen in den ersten Jahren jedoch zu einem nahezu unveränderten Arbeitskräfteangebot. Erst ab 2025 schlägt sich der Zuzug in einem höheren **Arbeitskräfteangebot** nieder.
- Mittel- und langfristig kommt es durch die schlechtere Wirtschaftslage vor allem zu einer niedrigeren Erwerbstätigkeit in der arbeitsintensiven **Gastronomie**. Hingegen steigt der Arbeitskräftebedarf an Lehrkräften und Erziehungspersonal. Auch wenn sich die Wirkungen langfristig abschwächen, bleiben strukturelle Veränderungen bestehen.
- In den **energieintensiven** Wirtschaftsbereichen wie der Baustoffherstellung, der Chemieindustrie oder der Metallherzeugung liegt durch den Krieg in der Ukraine und die Energiekrise die Wirtschaftsleistung deutlich niedriger als im Alternativszenario.
- Sollte es in den kommenden Monaten jedoch zu einer doppelt so hohen **Energiepreissteigerung** kommen wie bislang beobachtet (+160 %), wäre im kommenden Jahr das BIP um fast vier Prozent niedriger als im Alternativszenario. 2030 würde das BIP noch um ein halbes Prozent niedriger ausfallen. Auf dem Arbeitsmarkt würden unter diesen Annahmen nach drei Jahren 660 000 Personen (1,5 %) weniger beschäftigt sein als im Alternativ-Szenario ‚Frieden in Europa‘. 2030 wären noch 60 000 Personen (0,2 %) Arbeitsplätze vom Abbau betroffen.“

Das IAB trifft dabei folgende **Annahmen** für ein Referenzszenario:³⁹

„Annahmen:

Zum Stand Mai 2022 sind Annahmen über die künftige Entwicklung des Angriffskriegs der Russischen Föderation gegen die Ukraine und die Auswirkungen der als Reaktion darauf verhängten Sanktionen mit einer hohen Unsicherheit behaftet. In diesem Referenzszenario wird angenommen, dass die gegen Russland bestehenden Sanktionen auf absehbare Zeit nicht aufgehoben werden. Die Abbildung der Folgen des Kriegs in der Ukraine und der Energiekrise erfordert eine Vielzahl an Modelleingriffen, deren gesamtwirtschaftliche Effekte in ihrer Gänze ohne modelltheoretischen Hintergrund nicht abzuschätzen sind. Einzelne Maßnahmen können sich dabei in ihren Wirkungen verstärken, abschwächen oder ausgleichen – der Gesamteffekt ist a priori unbekannt. Umso entscheidender sind die gesetzten Annahmen und die Festlegung der notwendigen Stellschrauben. Diese formen über die Modellmechanismen den Output und bedürfen daher einer genauen Beschreibung und Begründung. Tabelle 1 fasst die getroffenen Annahmen zusammen, die im Folgenden näher erläutert werden.“

³⁹ <https://doku.iab.de/forschungsbericht/2022/fb1122.pdf>, S. 14.

Tabelle 1: Annahmen des Referenzszenarios (Ukraine-Krieg ohne Eskalation) gegenüber dem Alternativszenario (Frieden in Europa)*)

1	Geflüchtete (2022: Netto 600.000, 2023: Netto 150.000)
2	Energie- und Importpreis: fossile Brennstoffe, Metall +80%; Nahrungsmittel +50% in 2022: auslaufend bis 2030
3	Exporte nach Russland bestimmte Gütergruppen -1,8%, bis 2030 konstant danach auslaufend; alle Gütergruppen -1,0% in 2022; bis 2030 auslaufend
4	Verteidigungsausgaben: + 10 Mrd. Euro in 2022; danach +20 Mrd. Euro jährlich; davon in 2022 und 2023 Sondervermögen: + 100 Mrd. Euro verteilt auf die Jahre 2023 bis 2030)
5	Lieferengpässe: Priv. Konsum und Investitionsgüter -3% in 2022; -2% in 2023;
6	Entlastungspakete: priv. Haushalte +16,03 Mrd. Euro; Verarbeitendes Gewerbe: niedrigere Produktionsabgaben

*1) Zahlenwerte der Annahmen stellen Abweichungen gegenüber dem Alternativszenario dar. Preise in Nr. 2 sind Importpreise. Im Modell berücksichtigen Herstellerpreise dann auch Steuern, Verarbeitungskosten etc.

Quelle: QuBe-Projekt

4.1.3. Deutsch-russischer Handel

Germany Trade & Invest (GTAI) zufolge hat sich der deutsch-russische Handel wie folgt entwickelt:⁴⁰

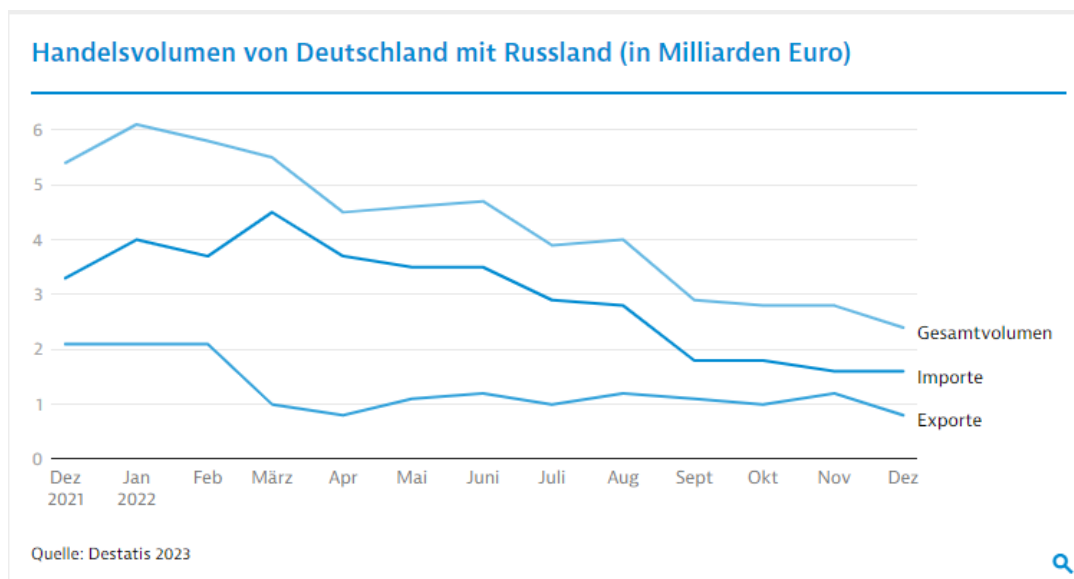
„Die Intransparenz in der russischen Wirtschaft nimmt zu. Als Reaktion auf die westlichen Sanktionen gibt der Staat immer weniger Daten preis. Die Datenbasis ist lückenhaft:

- Der Föderale Zolldienst veröffentlicht seit April 2022 keine Daten mehr zu Import- und Exportstatistiken sowie zur Struktur und Geographie des Außenhandels;
- Daten zum russischen Außenhandel sind nur noch aus Statistiken russischer Handelspartner erhältlich;
- Informationen zur Entwicklung der Handelsströme sind vereinzelt aus Interviews, Aussagen oder Präsentationen von Ministern sowie aus Antworten auf Anfragen der russischen Wirtschaftspresse zu entnehmen.

[...] Der deutsch-russische **Außenhandelsumsatz sank** 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 16,5 Prozent auf 49,9 Milliarden Euro, meldet Destatis. Die deutschen Exporte nach Russland fielen um 45,2 Prozent auf nur noch 14,6 Milliarden Euro – das entspricht in etwa dem Niveau von 2003. **Russland** belegt im Ranking der wichtigsten deutschen Absatzmärkte nur noch **Rang 23** (vorher Rang 15). Einzig die Lieferungen in Branchen, die von

40 GTAI, 03.03.2023, Wirtschaftsumfeld | Russland | Außenhandel, Außenhandelsdaten spiegeln Russlands Abkopplung vom Westen wider, <https://www.gtai.de/de/trade/russland/wirtschaftsumfeld/aussenhandelsdaten-spiegeln-russlands-abkopplung-vom-westen-wider-967952>.

Sanktionen ausgenommenen wurden, wie pharmazeutische und medizinische Produkte sowie landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittel, stiegen im Vorjahresvergleich.



Entwicklung der deutschen Exporte nach Russland im Jahr 2022

Warengruppe	Deutsche Ausfuhr (Mio. Euro)	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse	3.046,2	19,7
Maschinen, Apparate und Geräte für verschiedene Zwecke	1.376,2	-56,8
Arbeitsmaschinen für besondere Zwecke	1.228,0	-33,7
Straßenfahrzeuge	978,3	-74,8
Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte	789,5	-60,0
Mess-, Prüf- und Kontrollinstrumente, -apparate und -geräte	691,9	-45,7
Chemische Erzeugnisse und Waren a.n.g.	518,2	-34,5
Metallwaren a.n.g.	513,7	-36,8
Kunststoffe in Primärform	371,5	-52,0
Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und Waren daraus	352,4	27,4

Quelle: Destatis 2023

Die deutschen **Einfuhren** aus Russland **sanken** 2022 in der Menge um 41,5 Prozent. Infolge der hochgeschneitten Preise für Energieträger stieg ihr Wert jedoch um 6,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 35,3 Milliarden Euro. Im Ergebnis verzeichnete die Bundesrepublik 2022 mit Russland ein Handelsdefizit von 20,7 Milliarden Euro.“

Warengruppe	Deutsche Einfuhr (Mio. Euro)	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Erdöl und Erdölzeugnisse	17.531,7	37,8
Gas	6.668,9	-32,4
Kohle und Koks	3.370,1	51,5
NE-Metalle	3.524,5	6,2
Gold zu nichtmonetären Zwecken	454,9	58,3
Eisen und Stahl	361,5	-53,7
Metallurgische Erze und Metallabfälle	346,3	-52,0
Düngemittel	275,1	391,6
Anorganische chemische Erzeugnisse	252,2	-8,7
Holz	204,1	-40,0

Quelle: Destatis 2023

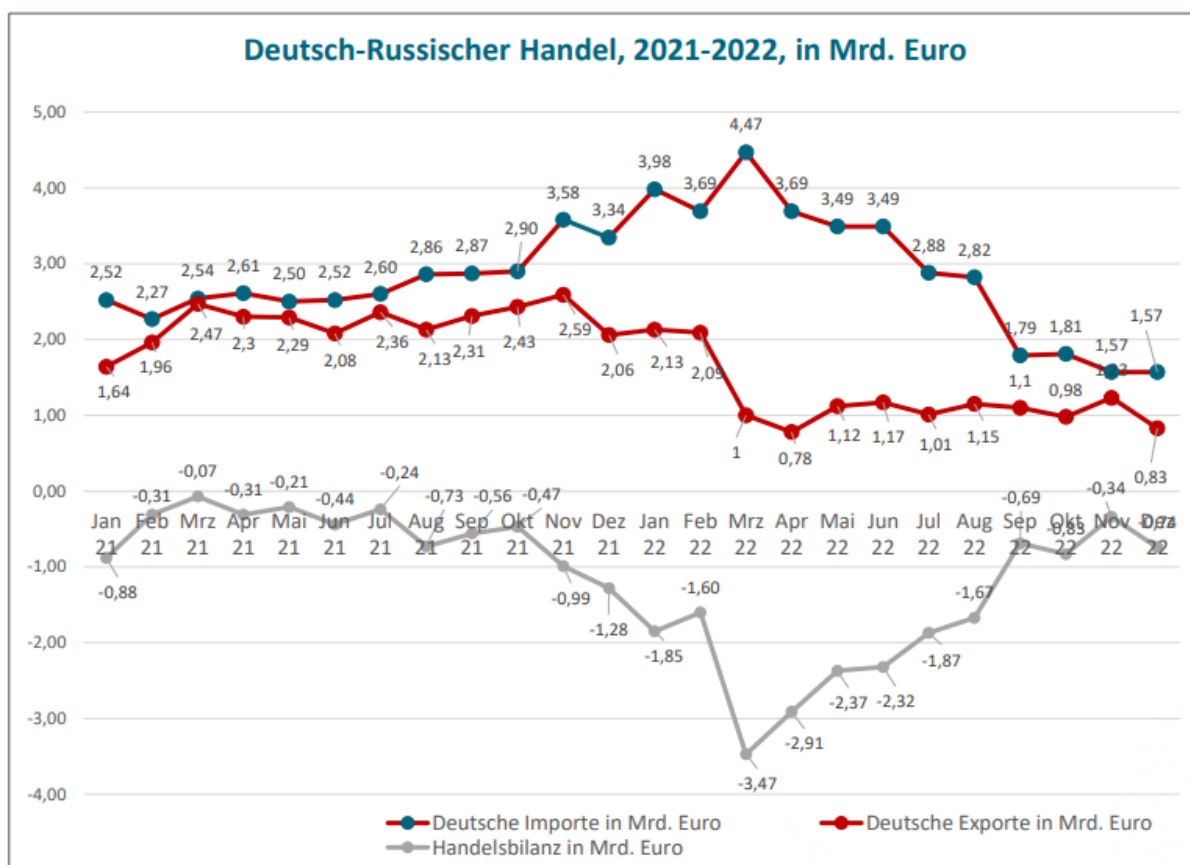
Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) beschreibt die Entwicklung in den ersten drei Quartalen 2022 wie folgt:⁴¹

„• Die Entflechtung der deutschen und russischen Wirtschaft beschleunigt sich. Im September gingen die deutschen **Einfuhren** aus Russland gegenüber dem Vorjahr um 37 Prozent **zurück**. Wichtige Gründe dafür sind die Einstellung von Gaslieferungen durch Russland über die Pipeline Nord Stream 1 und die wachsende Unabhängigkeit von russischen Rohölimporten. Die deutschen Exporte nach Russland sind bereits seit Februar im Sinkflug. Diese gingen in den ersten neun Monaten 2022 um 41 Prozent zurück, im Monat September lag das Minus sogar bei 53 Prozent. Mengenmäßig sanken die Importe aus Russland gegenüber September 2021 um zwei Drittel. Dadurch rutschte Russland unter den deutschen Handelspartnern im Osten erstmals hinter die Slowakei und Rumänien auf Platz 6.

• Von den Handelsverlusten Russlands profitieren **Länder in unmittelbarer Nähe** zum russischen Markt, die sich erfolgreich als alternative Wirtschaftsstandorte und Rohstofflieferanten positionieren. So hat der deutsche Außenhandel mit Kasachstan, Usbekistan, Armenien und Aserbaidschan seit Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine massiv zugelegt. Diesen Ländern kommt wirtschaftlich zudem die wachsende Zahl gut ausgebildeter Flüchtlinge aus Russland und die Verlagerung ganzer Unternehmen zugute.“

41 Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, Sanktionen, OA-Update 2022/56, Stand: 24.11.2022, https://www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/2022-12/OA-Update_Sanktionen_56.pdf, S. 2 f.

Der Ostausschuss veranschaulicht die Entwicklung mit folgender Grafik:⁴²



Weitere Quellen des Ost-Ausschusses zeigen unter anderem den deutschen Außenhandel mit Russland 2022 nach Warengruppen.⁴³ Eine **Umfrage** des Ost-Ausschusses versucht, die wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen zu ermitteln:⁴⁴

„Nach einer vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft durchgeführten Umfrage zu den wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen beläuft sich der ungefähre Verlust allein der 66 teilnehmenden **Unternehmen** auf deutlich mehr als **zwei Milliarden Euro**. Jeweils deutlich über 80 Prozent der befragten Unternehmen sind nach eigener Aussage von den Sanktionen betroffen und haben durch sie **wirtschaftlichen Schaden** erlitten. Das gilt vor allem für Un-

⁴² https://www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/page_files/RU%20DE%20Handel%202021%2022_.pdf.

⁴³ https://www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/page_files/Deutscher%20Au%C3%9Fenhandel%20mit%20Russland%202021-2022%20nach%20Warengruppen_F.pdf; siehe auch: Deutscher Osthandel 2022, https://www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/page_files/Deutscher%20Osthandel%202022_F.pdf; Deutscher Osthandel Januar bis Mai 2023, https://www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/page_files/Deutscher%20Osthandel%20Jan-Mai%202023.pdf.

⁴⁴ Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, Sanktionen, OA-Update 2022/56, Stand: 24.11.2022, https://www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/2022-12/OA-Update_Sanktionen_56.pdf, S. 2 f.

ternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe, ein gutes Viertel kommt aus dem Bereich Maschinen- und Anlagenbau. Knapp ein Fünftel hat eine eigene Produktion vor Ort. Über die Hälfte der Unternehmen haben bisher zwischen zehn Millionen und einer Milliarde Umsatz in der Russischen Föderation erwirtschaftet. Nahezu alle Unternehmen sind sowohl von den durch die Europäische Union und die Vereinigten Staaten und anderen Ländern verhängten Sanktionen als auch von den Sanktionen, die durch die Russische Föderation erlassen wurden, betroffen. Am härtesten treffen die Unternehmen mit mehr als 50 Prozent die europäischen **Finanzsanktionen**, die sich gegen russische Banken und den Zahlungsverkehr nach und aus Russland richten. Zwei Drittel der Befragten beklagen zusätzlich das Phänomen der ‚Overcompliance‘.“

4.2. EU

Der Internationale Währungsfonds IWF geht davon aus, dass in Europa Unternehmensgewinne Lohnsteigerungen kompensieren können. Hierzu führt der IWF aus (Stand: 26.06.2023):⁴⁵

„Steigende Unternehmensgewinne sind für fast die Hälfte des Anstiegs der Inflation in Europa in den letzten zwei Jahren verantwortlich, da die Unternehmen ihre Preise stärker anhoben als die Kosten für importierte Energie. Jetzt, da die Arbeitnehmer auf Lohnerhöhungen drängen, um die verlorene Kaufkraft zurückzugewinnen, müssen die Unternehmen möglicherweise einen geringeren Gewinnanteil akzeptieren, wenn die Inflation auf dem Weg bleiben soll, das 2-Prozent-Ziel der Europäischen Zentralbank im Jahr 2025 zu erreichen, wie in unserem jüngsten Weltwirtschaftsausblick prognostiziert.

Die Inflation im Euroraum erreichte im Oktober 2022 einen Höchststand von 10,6 Prozent, als die Importkosten nach Russlands Einmarsch in der Ukraine in die Höhe schnellten und die Unternehmen mehr als diesen direkten Kostenanstieg an die Verbraucher weitergaben. Seitdem ist die Inflation auf 6,1 Prozent im Mai zurückgegangen, aber die Kerninflation – ein zuverlässigeres Maß für den zugrunde liegenden Preisdruck – hat sich als hartnäckiger erwiesen. Dies hält den Druck auf die EZB aufrecht, die jüngsten Zinserhöhungen fortzusetzen, obwohl der Euroraum zu Beginn des Jahres in eine Rezession abgerutscht ist. Die politischen Entscheidungsträger haben die Zinsen im Juni auf ein 22-Jahres-Hoch von 3,5 Prozent angehoben.

Wie die Grafik zeigt, ist die höhere Inflation bisher vor allem auf höhere Gewinne und Importpreise zurückzuführen, wobei die Gewinne 45 Prozent des Preisanstiegs seit Anfang 2022 ausmachen. Dies geht aus unserer neuen Studie hervor, in der die am Konsumdeflator^[46] gemessene Inflation in Arbeitskosten, Importkosten, Steuern und Gewinne aufgeschlüsselt wird. Die Importkosten waren für etwa 40 Prozent der Inflation verantwortlich, während die Arbeitskosten 25 Prozent ausmachten. Die Steuern hatten eine leicht deflationäre Wirkung.

45 <https://www.imf.org/en/Blogs/Articles/2023/06/26/europes-inflation-outlook-depends-on-how-corporate-profits-absorb-wage-gains>; leicht angepasste maschinelle Übersetzung ins Deutsche durch Autor.

46 Zum Begriff: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19114/deflator/>.

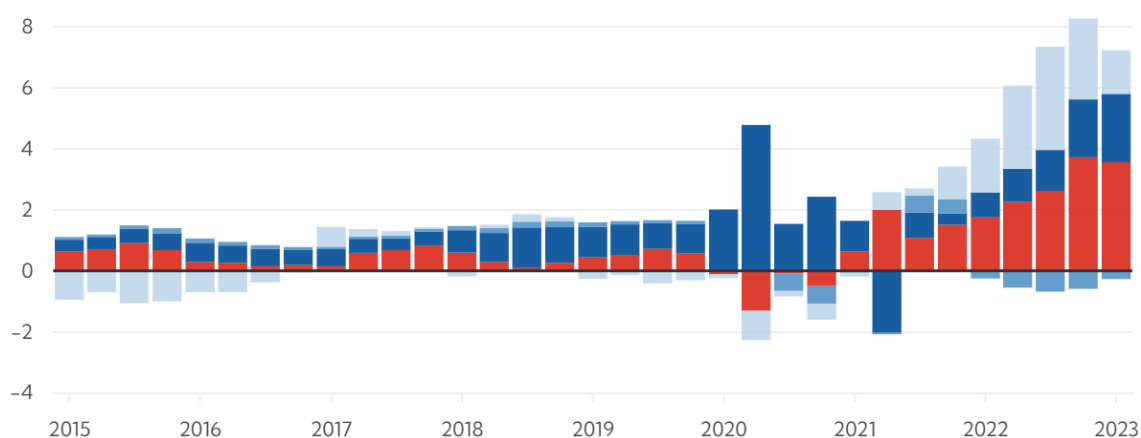
Inflation drivers

Corporate profits now account for nearly half of all euro area inflation.

Contribution to annual change in consumption deflator

(percentage points)

■ Profits ■ Labor costs ■ Taxes ■ Import prices



Sources: Eurostat, OECD, IMF staff calculations. · Notes: Profits, labor costs, and taxes refer to the total contributions from their nominal values per unit of real value added summed up from sectoral level, and import prices refers to the contribution from foreign value added. See Hansen, Toscani, and Zhou (2023) for details.

IMF

Mit anderen Worten: Die europäischen Unternehmen wurden bisher mehr als die Arbeitnehmer von dem negativen Kostenschock abgeschirmt. Die (inflationbereinigten) Gewinne lagen im ersten Quartal dieses Jahres etwa 1 % über dem Niveau vor der Pandemie. Die (ebenfalls bereinigten) Arbeitnehmerentgelte lagen dagegen um etwa 2 % unter dem Trend. Dies ist nicht gleichbedeutend mit der Feststellung, dass die Rentabilität gestiegen ist, wie in unserem Papier erörtert.

Frühere Episoden steigender Energiepreise deuten darauf hin, dass der Beitrag der Arbeitskosten zur Inflation in Zukunft steigen dürfte. In der Tat hat er in den letzten Quartalen bereits wieder zugenommen. Gleichzeitig ist der Beitrag der Importpreise seit seinem Höchststand Mitte 2022 zurückgegangen.

Diese Verzögerung bei den Lohnzuwächsen ist sinnvoll: Die Löhne reagieren langsamer auf Schocks als die Preise. Dies liegt zum Teil daran, dass Lohnverhandlungen nur selten stattfinden. Aber nachdem ihre Löhne bis 2022 real um etwa 5 Prozent gesunken sind, drängen die Arbeitnehmer jetzt auf Lohnerhöhungen. Die entscheidende Frage ist, wie schnell die Löhne steigen werden und ob die Unternehmen die höheren Lohnkosten auffangen können, ohne die Preise weiter zu erhöhen.^[47]

Unter der Annahme, dass die Nominallöhne in den nächsten zwei Jahren um etwa 4,5 % steigen (etwas weniger als im ersten Quartal 2023) und die Arbeitsproduktivität in den

47 Eine Lohn-Preis-Spirale könnte sonst eine mögliche Folge sein.

nächsten Jahren weitgehend stagniert, müsste die Gewinnquote der Unternehmen auf das Niveau vor der Pandemie zurückgehen, damit die Inflation bis Mitte 2025 das Ziel der EZB erreicht. Unsere Berechnungen gehen davon aus, dass die Rohstoffpreise weiter sinken, wie im Weltwirtschaftsausblick vom April prognostiziert.

Sollten die Löhne deutlicher steigen – etwa um die 5,5 Prozent, die erforderlich wären, um die Reallöhne bis Ende 2024 wieder auf das Niveau vor der Pandemie zu bringen – müsste die Gewinnquote auf den niedrigsten Stand seit Mitte der 1990er Jahre sinken (sofern es nicht zu einem unerwarteten Produktivitätsanstieg kommt), damit die Inflation wieder das Ziel erreicht.

Wie in unserem jüngsten Bericht über die Wirtschaft des Euroraums festgestellt, muss die makroökonomische Politik daher weiterhin straff bleiben, um die Erwartungen zu verankern und die gedämpfte Nachfrage aufrechtzuerhalten. Dies würde die Unternehmen dazu bringen, eine Verringerung der Gewinnquote zu akzeptieren, und die Reallöhne könnten sich in einem angemessenen Tempo erholen.“

Forbes sieht Europas Wirtschaft durch die Sanktionen als immer noch stark belastet an (Stand: 08.06.2023):⁴⁸

„Die Eurozone befindet sich in einer [technischen Rezession](#), das BIP liegt im ersten Quartal bei -0,1 %. Es könnte schlimmer sein.

Der russische Krieg in der Ukraine hat Europa erschüttert, steigende Lebensmittelpreise und Energieknappheit führten zur Schließung von Fabriken und Stahlwerken. Doch die Worst-Case-Szenarien für die Märkte verliefen nie genau so, wie es das Bärenszenario vermuten ließ.

Die Inflation geht zurück, ist aber immer noch hoch. Die Energiepreise sinken aufgrund der nachlassenden Nachfrage, sind jedoch höher als vor Corona. [...]

Albert Marko, Partner der Mavarinas Management Group, einem in Florida ansässigen Hedgefonds konstatiert: [D]ie europäischen Märkte bekamen den Rückenwind eines fallenden Dollars, günstiges Wetter, das eine Hyperinflation der Erdgaspreise verhinderte, und hervorragende Einnahmen aus Luxusgütern. Schauen Sie sich einfach die Aktiencharts der Luxusmarken an und Sie werden sehen, wie sehr dieser Sektor die europäischen Märkte erholt hat‘.

Die [Verbraucherpreisinflation in Frankreich](#) ging im Mai 2023 im Jahresvergleich auf 5,1 % zurück, verglichen mit 5,9 % im April und besser als der Konsens von 5,5 %. [Die Inflation in Deutschland](#) liegt derzeit bei 6,1 %, dem niedrigsten Stand seit 12 Monaten. Und [die Inflation im Vereinigten Königreich](#) ist zwar rückläufig, aber mit 7,8 % (Stand April) immer noch hoch.

48 <https://www.forbes.com/sites/kenrapoza/2023/06/08/the-russian-sanctions-still-burden-europes-weak-economy-and-society/>.

Die Inflationsraten in Europa sind allesamt höher als in Brasilien, China, Indien und Saudi-Arabien. [Die Strompreise fallen in Frankreich und Deutschland, sind aber um den Faktor drei](#) bis [vier](#) höher als vor Corona, was zu einer Belastung des BIP der Eurozone führt.

Und dieses [BIP stagniert](#).

Zahlenmäßig erwirtschaftet das BIP der Europäischen Union weniger Wert als im Jahr 2021. Die Arbeitslosenquote ist schlechter als in den USA. In einigen Ländern ist sie fast doppelt so hoch wie in den USA.

Die Arbeitslosenquote [in Deutschland](#) und [Belgien liegt bei rund 5,6 %](#). [Frankreich](#) liegt bei 7,1 %. [Portugal](#) liegt bei 7,2 %. [Spanien](#) ist mittlerweile ein aufstrebender Markt. Die Arbeitslosenquote ist mit 13 % am Ende des ersten Quartals schlechter als in lateinamerikanischen Ländern. [...]

In einem kürzlich veröffentlichten [Bericht](#) sagte die Weltbank, dass es in Europa derzeit eine ‚Lebenshaltungskostenkrise‘ gebe. Damit führte der Guardian heute seine [Schlagzeile](#) über die negative Wachstumsrate in der Eurozone an.

Der Krieg in der Ukraine hat mit Flüchtlingsüberschwemmungen in armen Staaten wie Rumänien, dem Ende des billigen Gases und dem Verlust russischer Märkte erheblich zur Krise beigetragen.

Die europäischen Länder reagierten auf diese Krise mit Sozialhilfe und Subventionen, darunter Moratorien für Energiepreiserhöhungen, reduzierte Gebühren für öffentliche Verkehrsmittel und Obergrenzen für Strom- und Erdgaspreise für Haushalte und Unternehmen. Ärmere EU-Mitgliedstaaten wie die Slowakei und Slowenien hätten es schwerer, da eine höhere Inflation zu höheren Lebenshaltungskosten für die Arbeiterklasse dort führe, heißt es in dem Bericht.

Die Inflation im EU-Mitglied [Polen](#) liegt im Mai bei über 13 %, die Arbeitslosigkeit liegt bei etwa 5 %. [Nach Angaben](#) des International Rescue Committee ist es eines der am stärksten vom Zustrom ukrainischer Migranten auf der Flucht vor dem Krieg betroffenen Länder. Seit dem 24. Februar 2022 überquerten rund 12 Millionen Flüchtlinge die polnische Grenze, um sich in ganz Europa zu verteilen, und [1,5 Millionen bleiben](#) in Polen.

‚Was die Aussichten für Europa angeht, sehe ich von dort nicht viel Gutes‘, sagt Vlad Signorelli, Leiter von Bretton Woods Research. ‚Die Europäische Zentralbank wird die Zinsen weiterhin erhöhen. Was den NATO-Gleichschritt betrifft, kann ich mir kein anderes EU-Mitgliedsland als Ungarn vorstellen, das sagen würde: ‚Lasst uns die Sanktionen beenden und diesen Krieg hinter uns bringen‘, sagt Signorelli. Ungarns Führung fordert dies seit Juli 2022. ‚Die russischen Sanktionen funktionieren nicht wie angekündigt‘, sagt Signorelli.“

Mit Stand **Juli 2022** haben sich einem weiteren Medienbericht zufolge die Folgen für die EU wie folgt dargestellt:⁴⁹

„Aber auch die EU-Wirtschaft selbst wird durch die Sanktionen getroffen. Den größten direkten Einfluss hatten nach Einschätzung der EU-Experten die Einfuhrverbote für **Stahlerzeugnisse** aus Russland, da vor dem Krieg 21 Prozent der Einfuhren aus dem Land kamen. Als negative Kriegsfolgen für die EU werden in Brüssel zudem unter anderem die Preise für **Feldfrüchte** gesehen. So stiegen beispielsweise die ohnehin schon relativ hohen Preise für Weizen nach dem Beginn der russischen Invasion noch einmal um 35 Prozent, die für Mais um 15 bis 25 Prozent und die für Sonnenblumenkerne um rund 33 Prozent.

Für denkbar hält die EU zudem weitere Preissteigerungen wegen des EU-Einfuhrverbots für russisches **Holz** und wegen des von Russland selbst ausgehenden Exportverbots für **Edelgase**. Letzteres könnte nach Einschätzung von Experten für zusätzliche Lieferengpässe bei **Chips** sorgen, da Edelgase zur Produktion von Halbleitern verwendet werden.

Dass der Krieg auch die EU-Länder teuer zu stehen kommt, zeigt zudem auch eine Zahl: Die EU-Kommission erlaubte allein bis Mitte Juni staatliche **Beihilfen** von mehr als 200 Milliarden Euro für Unternehmen, die zum Beispiel durch die hohen Energiekosten besonders von dem Konflikt getroffen sind. Am Donnerstag folgten weitere Genehmigungen: So darf Deutschland energieintensive Unternehmen mit bis zu fünf Milliarden Euro Staatshilfe unterstützen.“

4.3. Russland

4.3.1. Daten und Prognosen

Der Rat der Europäischen Union hat folgende Infografiken zur russischen Wirtschaft erstellt:⁵⁰

„Nach Angaben der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) war 2022 ein schlechtes Jahr für die russische Wirtschaft. Schätzungen zufolge ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Russlands im Jahr 2022 um 2,1 % zurückgegangen.

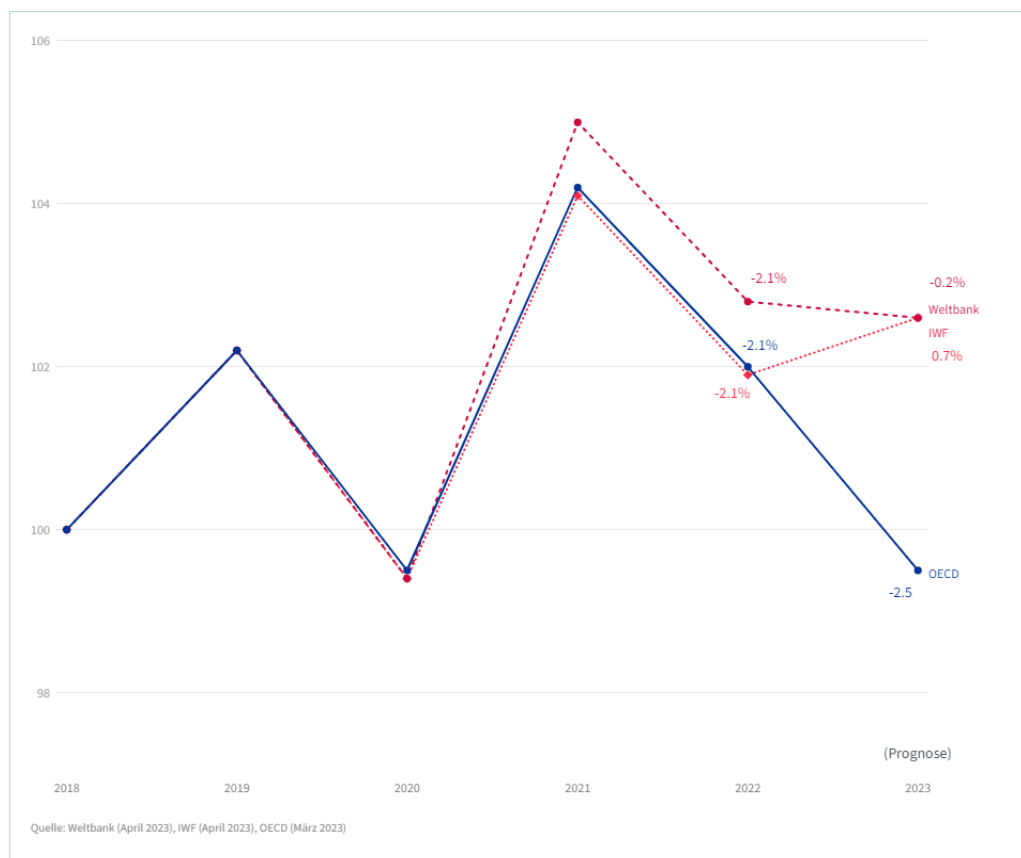
Die russische Wirtschaft dürfte 2023 weiter schrumpfen. Russlands BIP wird Prognosen zufolge im Worst-Case-Szenario um 2,5 % (Prognose der OECD) oder um 0,2 % (Prognose der Weltbank) zurückgehen. Der IWF geht für 2023 von einem Wachstum (0,7 %) aus.

49 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/russland-eu-sanktionen-wirken-russische-wirtschaft-bip-einbruch-putin-ukraine-krieg-101.html>.

50 Rat der Europäischen Union, Infografik – Auswirkungen der Sanktionen auf die russische Wirtschaft, <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/impact-sanctions-russian-economy/>.

BIP-Entwicklung Russlands – Entwicklung von 2018 bis 2023

(Basis: 100 im Jahr 2018)



Das Liniendiagramm zeigt die Veränderungen bei den Ein- und Ausfuhren Russlands zwischen 2018 und 2023. Nach Schätzungen des IWF sind Russlands Einfuhren 2022 (im Vergleich zu 2021) um 15,01 % zurückgegangen, während die Ausfuhren um 8,7 % zurückgegangen sind.

2023 werden die Einfuhren (im Vergleich zu 2022) um 8,25 % steigen, während die Ausfuhren um 0,24 % steigen werden. Nach Angaben der Weltbank sind die Einfuhren Russlands 2022 um 9,7 % (im Vergleich zu 2021) und die Ausfuhren um 9,6 % zurückgegangen. 2023 werden die Einfuhren (im Vergleich zu 2022) um 4,1 % steigen, während die Ausfuhren um 4,6 % zurückgehen werden.

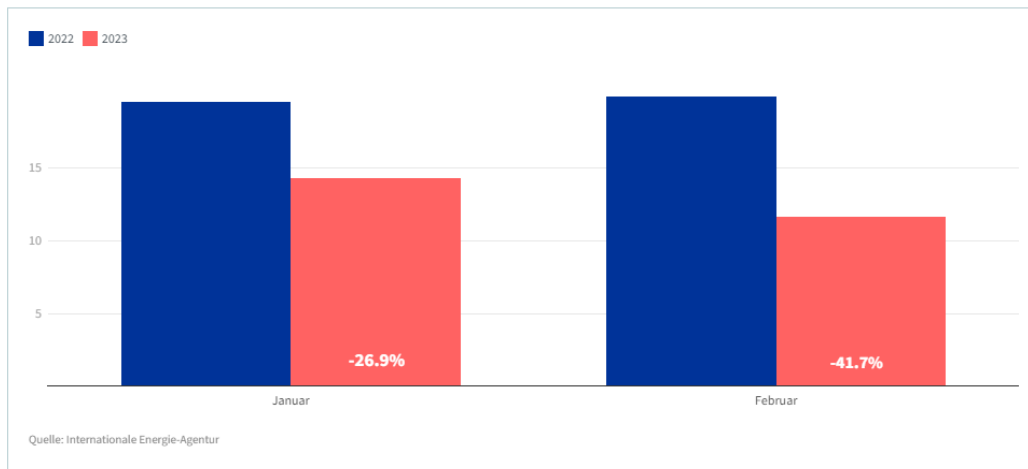
Einfuhren und Ausfuhren Russlands von 2018 bis 2023

(Basis: 100 im Jahr 2018)



Während Russland im ersten Halbjahr 2022 von den steigenden Preisen für fossile Brennstoffe auf den Weltmärkten profitierte, haben die im Dezember 2022 in Kraft getretenen **Sanktionen** gegen Öleinfuhren zu einer Verminderung der Einnahmen Russlands geführt. Nach Angaben der Internationalen Energie-Agentur sind die Erdöleinnahmen Russlands im Januar 2023 (im Vergleich zum Januar 2022) um mehr als ein Viertel zurückgegangen. Der Rückgang im Februar war sogar noch deutlicher (über 40 %).

Monatliche Einnahmen Russlands aus Ölexporten (in Mrd. \$)



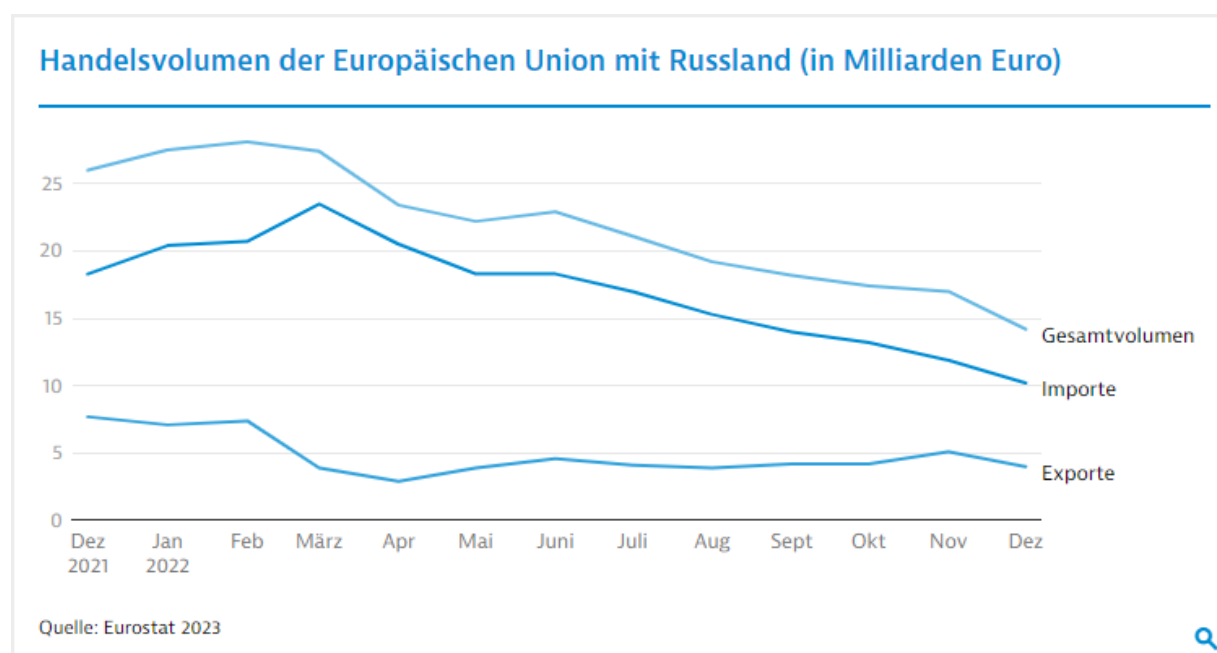
“

Die Germany Trade & Invest (GTAI) bemerkt zum Außenhandel:⁵¹

„In Russlands Außenhandel vollziehen sich große **Umwälzungen**. Im Jahr 2022 stieg der Handelsumsatz zwar auf rund 974 Milliarden US-Dollar (US\$), schätzt die Zentralbank. Aber die **Importe** gingen in der Menge um 16 Prozent und im Wert um 9 Prozent auf 345,8 Milliarden US\$ zurück, meldet der Föderale Zolldienst (FTS). Hauptgrund für den Rückgang sind die sinkenden Einfuhren aus der Europäischen Union (EU) und den USA, die nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine strenge **Handelsrestriktionen** erlassen haben.

Der Anstieg des Handelsumsatzes ist darauf zurückzuführen, dass die russischen Exporte im Jahr 2022 wertmäßig um 14 Prozent auf 628,1 Milliarden US\$ zulegten. Die hohen Exporteinnahmen dämpften 2022 noch die finanziellen **Folgen** der **Sanktionspolitik** für Russland. Doch das dürfte sich 2023 mit sinkenden Einnahmen aus Rohstoffexporten ändern, denn Russland kann seine Rohstoffe zurzeit nur mit hohen Preisabschlägen am Weltmarkt verkaufen.

Die russischen Importe aus der EU gehen immer mehr zurück, da aufgrund der Sanktionen zahlreiche Waren nicht mehr nach Russland geliefert werden dürfen. Die russischen Exporte in die EU sind zwar in der Menge gesunken, aber hier schlagen die hohen Preise auf Energieträger zu Buche. Deshalb legte Russlands Handelsumsatz mit den Mitgliedsstaaten der EU 2022 trotz der Sanktionen um 11,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 258,6 Milliarden Euro zu, meldet Eurostat.



51 GTAI, 03.03.2023, Wirtschaftsumfeld – Russland – Außenhandel, Außenhandelsdaten spiegeln Russlands Abkopplung vom Westen wider, <https://www.gtai.de/de/trade/russland/wirtschaftsumfeld/aussenhandelsdaten-spiegeln-russlands-abkopplung-vom-westen-wider-967952>.

Der Marktanteil der 60 Staaten, die **Sanktionen** gegen Russland verhängen, am russischen Außenhandel ging von 58 Prozent im Jahr 2021 auf **ein Drittel** im Jahr 2022 **zurück**. Hingegen konnten ‚**freundliche Länder**‘ ihren Handelsanteil von 42 Prozent auf zwei Drittel **steigern**, so das russische Wirtschaftsministerium. Im Jahr 2022 hat Russland fast ein Viertel seiner **Exporte** in Länder **umgeleitet**, die keine Sanktionen gegen Moskau verhängt haben, geht aus Daten des Ministeriums hervor.“

4.3.2. Abkoppelung von westlichen Handelspartnern

Die GTAI stellt eine Abkoppelung Russlands fest:⁵²

„Russland richtet seinen Außenhandel geographisch und **strategisch neu** aus. Im Jahr 2022 steigerte das größte Flächenland den Umsatz mit seinem wichtigsten Handelspartner **China** im Vergleich zum Vorjahr um 29,3 Prozent auf 190,3 Milliarden US\$, meldet die chinesische Zollbehörde General Administration of Customs (GAC). Die chinesischen Einfuhren aus Russland stiegen um 43,4 Prozent auf 114,1 Milliarden US\$. Die chinesischen Ausfuhren stiegen um 12,8 Prozent auf 76,2 Milliarden US\$. Chinas Anteil am russischen Außenhandel beläuft sich mittlerweile auf ein Drittel – Tendenz steigend. Beide Länder wickeln inzwischen rund die Hälfte ihres Handelsumsatzes in Rubel und Renminbi ab.

Russland liefert rund ein Fünftel seiner gesamten Ausfuhren nach China und bezieht von dort rund 40 Prozent seiner Einfuhren. Doch entwickelt sich der Handel mit dem Reich der Mitte zunehmend einseitig zu Ungunsten Russlands. Exportiert das größte Flächenland vor allem unverarbeitete Rohstoffe, liefert China dringend benötigte Technologien wie Maschinen und Anlagen. Im Jahr 2022 bezog Russland aus China Mikrochips im Wert von 179 Millionen US\$ - plus 140 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Russland passt sich an die neuen Gegebenheiten an und strukturiert seine **Lieferketten** um. Neben China springt vor allem die Türkei als Transit-Drehscheibe zwischen Ost und West ein, analysiert die US-amerikanische NGO Silverado Policy Accelerator. Der Warenaustausch mit der Türkei legte 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 84 Prozent auf 58,8 Milliarden US\$ zu. Damit löste das vorderasiatische Land Deutschland als Russlands Handelspartner Nummer 2 ab. Indien kam trotz der steigenden Einfuhren russischer Energieträger und einem Handelsumsatz von 32,3 Milliarden US\$ (Januar bis November 2022) noch nicht in die Top-5-Handelspartner.

Die russischen Einfuhren aus Belarus, Kasachstan, Usbekistan, Kirgisistan, Georgien und Armenien stiegen 2022 überdurchschnittlich an, stellt die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) in einer Studie fest. Gleichzeitig nahmen die Ausfuhren der EU in diese Länder im Vergleich zum Vorjahr sprunghaft um 48 Prozent auf 20,3 Milliarden Euro zu. Der EU-Sanktionsbeauftragte David O’Sullivan äußert den Verdacht, dass die genannten Länder als **Drehscheibe** für **sanktionierte westliche Güter** in Richtung Russland dienen. Das größte Flächenland versucht über Grauiimporte an westliche Technologie zu

52 GTAI, 03.03.2023, Wirtschaftsumfeld – Russland – Außenhandel, Außenhandelsdaten spiegeln Russlands Abkoppelung vom Westen wider, <https://www.gtai.de/de/trade/russland/wirtschaftsumfeld/aussenhandelsdaten-spiegeln-russlands-abkopplung-vom-westen-wider-967952>.

gelangen. Jedes sechste befragte russische Unternehmen habe es irgendwie geschafft, weiterhin vom Westen sanktionierte Maschinen und Technologien zu importieren, lautet das Ergebnis einer Umfrage des Gaidar-Instituts.“

GTAI⁵³ zufolge spielt Russland als **Absatzmarkt** für EU-Länder

„nur noch **eine untergeordnete Rolle**. Im Dezember 2022 entfielen weniger als 1,5 Prozent der Gesamtexporte aus der EU auf das größte Flächenland der Welt. Der deutsch-russische Handel ist weiter rückläufig. Zwischen Januar und April 2023 sank der Handelsumsatz im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 75 Prozent auf rund 5,5 Milliarden Euro, meldet Destatis. Die deutschen Ausfuhren gingen um 42 Prozent zurück. Damit belegt Russland nur noch Rang 28 der wichtigsten Abnehmerländer deutscher Waren. Die Einfuhren aus Russland brachen gar um 87,5 Prozent ein.

Die Verluste auf den europäischen Märkten will Moskau durch verstärkten Handel mit China und Indien ausgleichen. Russland handelte in den ersten vier Monaten des Jahres 2023 mit China Waren im Wert von 73 Milliarden US-Dollar (US\$) – plus 41 Prozent. Russische Exporte wuchsen um ein Viertel auf 39,5 Milliarden US\$. Im Vorjahr stieg der russisch-chinesische Handel um 29 Prozent auf den Rekordwert von 190 Milliarden US\$.

Der russische Warenaustausch mit Indien wuchs zwischen Januar und April 2023 um das Vierfache im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf 21,8 Milliarden US\$. Im Jahr 2022 stieg das russisch-indische Handelsvolumen auf 35 Milliarden US\$. Russland lieferte vor allem Rohöl.

	2021	2022	Veränderung 2022/2021
Importe	293,4	264,9	-9,7
Exporte	491,6	444,4	-9,6

Quelle: Statistikdienst Rosstat nach Angaben der Zollstatistik 2023

Nur noch rund die Hälfte des russischen Außenhandels wird in US\$ oder Euro abgewickelt, Tendenz sinkend. Rund ein Drittel aller russischen Exporte wird mittlerweile in Rubel fakturiert. Ein Fünftel wird in Yuan abgewickelt.“

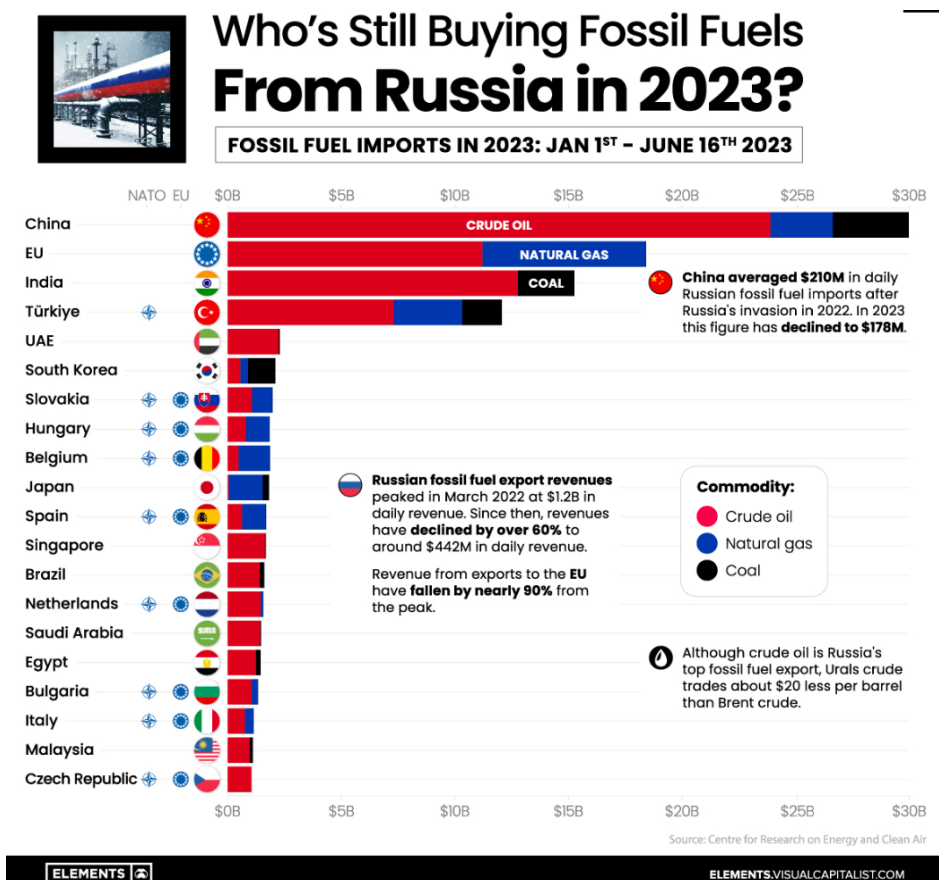
53 GTAI, 15.06.2023, Wirtschaftsausblick Russland: Umbau zur Kriegswirtschaft dämpft den Abschwung, <https://www.gtai.de/de/trade/russland/wirtschaftsumfeld/umbau-zur-kriegswirtschaft-daempft-den-abschwung-584942>.

Der kommerzielle Informationsdienst Visual Capitalist führt zu den Abnehmern von russischem Öl wie folgt aus:⁵⁴

„Während Russlands Einnahmen aus dem Export fossiler Brennstoffe seit ihrem Höhepunkt im März 2022 deutlich zurückgegangen sind, importieren viele Länder weiterhin täglich fossile Brennstoffe im Wert von Millionen von Dollar aus Russland.

Die Einnahmen aus den Exporten fossiler Brennstoffe in die EU sind seit ihrem Höchststand um mehr als 90 % zurückgegangen, doch hat die EU im Jahr 2023 immer noch Rohöl und Erdgas im Wert von mehr als 18 Milliarden Dollar importiert.

Diese Grafik verwendet Daten des Center for Research on Energy and Clean Air (CREA), um die Länder zu veranschaulichen, die in diesem Jahr bislang die meisten fossilen Brennstoffe aus Russland importiert haben.



54 Visual Capitalist, Who's Still Buying Russian Fossil Fuels in 2023?, <https://elements.visualcapitalist.com/whos-still-buying-russian-fossil-fuels-in-2023/>; leicht angepasste maschinelle Übersetzung vom englischen Original ins Deutsche durch Autor, einschließlich Tabelle.

China ist nach wie vor Russlands größter Abnehmer fossiler Brennstoffe, wobei die Importe vom 1. Januar 2023 bis zum 16. Juni 2023 ein Volumen von **30 Milliarden US-Dollar erreichen**.

Da fast 80 % der Kraftstoffimporte Chinas aus Rohöl bestehen, sind die durchschnittlichen Tageseinnahmen Russlands aus den chinesischen Importen fossiler Brennstoffe von 210 Millionen US-Dollar im Jahr 2022 auf 178 Millionen US-Dollar im Jahr 2023 zurückgegangen, was größtenteils auf den sinkenden Preis für russisches Rohöl zurückzuführen ist.

Nach China folgen die EU-Länder, die zwar seit August 2022 keine Kohle mehr aus Russland importieren, aber immer noch fossile Brennstoffe im Wert von **18,4 Milliarden US-Dollar** importierten, die sich im Verhältnis 60/40 auf Erdöl und Erdgas verteilen.

Land	Russische Importe fossiler Brennstoffe* (Gesamt)	Rohöl	Erdgas	Kohle
 China	30,0 Milliarden US-Dollar	23,9 Milliarden US-Dollar	2,7 Milliarden US-Dollar	3,3 Milliarden US-Dollar
 EU	18,4 Milliarden US-Dollar	11,2 Milliarden US-Dollar	7,2 Milliarden US-Dollar	0 \$
 Indien	15,2 Milliarden US-Dollar	12,8 Milliarden US-Dollar	0 \$	2,5 Milliarden US-Dollar
 Türkei	12,1 Milliarden US-Dollar	7,3 Milliarden US-Dollar	3 Milliarden US-Dollar	1,7 Milliarden US-Dollar
 Vereinigte Arabische Emirate	2,3 Milliarden US-Dollar	2,3 Milliarden US-Dollar	0 \$	0 \$
 Südkorea	2,1 Milliarden US-Dollar	0,6 Milliarden US-Dollar	0,3 Milliarden US-Dollar	1,2 Milliarden US-Dollar
 Slowakei	2,0 Milliarden US-Dollar	1,1 Milliarden US-Dollar	0,9 Milliarden US-Dollar	0 \$
 Ungarn	1,9 Milliarden US-Dollar	0,8 Milliarden US-Dollar	1,1 Milliarden US-Dollar	0 \$
 Belgien	1,9 Milliarden US-Dollar	0,5 Milliarden US-Dollar	1,4 Milliarden US-Dollar	0 \$
 Japan	1,8 Milliarden US-Dollar	0 \$	1,5 Milliarden US-Dollar	0,3 Milliarden US-Dollar
 Spanien	1,7 Milliarden US-Dollar	0,6 Milliarden US-Dollar	1,1 Milliarden US-Dollar	0 \$
 Singapur	1,7 Milliarden US-Dollar	1,7 Milliarden US-Dollar	0 \$	0 \$
 Brasilien	1,6 Milliarden US-Dollar	1,4 Milliarden US-Dollar	0 \$	0,2 Milliarden US-Dollar
 Niederlande	1,6 Milliarden US-Dollar	1,5 Milliarden US-Dollar	0,1 Milliarden US-Dollar	0 \$
 Saudi-Arabien	1,5 Milliarden US-Dollar	1,4 Milliarden US-Dollar	0 \$	0 \$
 Ägypten	1,4 Milliarden US-Dollar	1,3 Milliarden US-Dollar	0 \$	0,2 Milliarden US-Dollar
 Bulgarien	1,3 Milliarden US-Dollar	1,1 Milliarden US-Dollar	0,3 Milliarden US-Dollar	0 \$
 Italien	1,2 Milliarden US-Dollar	0,8 Milliarden US-Dollar	0,4 Milliarden US-Dollar	0 \$
 Malaysia	1,1 Milliarden US-Dollar	1,0 Milliarden US-Dollar	0 \$	0,1 Milliarden US-Dollar
 Tschechien	1,0 Milliarden US-Dollar	1,1 Milliarden US-Dollar	0 \$	0 \$

*Im Zeitraum vom 1. Januar 2023 bis 16. Juni 2023 in US-Dollar

Nach China und der EU ist Indien der nächstgrößte Importeur russischer fossiler Brennstoffe, und hat die Menge der importierten fossilen Brennstoffe seit der russischen Invasion in der Ukraine mehr als verzehnfacht, was größtenteils auf vergünstigtes russisches Öl zurückzuführen ist.

Die Türkei ist das einzige andere Land, das im Jahr 2023 russische fossile Brennstoffe im Wert von mehr als 10 Milliarden US-Dollar importiert hat, während alle anderen Länder in diesem Jahr Kraftstoffe im Wert von weniger als 3 Milliarden US-Dollar aus Russland importiert haben.

Obwohl Rohöl Russlands wichtigster Export fossiler Brennstoffe ist, wurde das Ural-Rohöl des Landes im Jahre 2023 weitgehend mit einem Abschlag von 20 US-Dollar pro Barrel gegenüber Brent-Rohöl gehandelt. Dieser Abschlag hat sich zwar nach der Ankündigung Russlands, weitere Ölexporte um 500.000 bpd (Barrel [per day]) zu kürzen, auf etwa 16 US-Dollar verringert, doch liegt der Preis für Ural-Rohöl nach wie vor nur 40 Cent unter der von den G7- und EU-Staaten festgelegten Preisobergrenze von 60 US-Dollar.

Neben Russland kündigte auch Saudi-Arabien an, dass es seine Kürzung um 1 Million bpd bis Ende August verlängern werde. Der saudische Energieminister Prinz Abdulaziz bin Salman kommentierte die Solidarität des Landes mit Russland und sagte, es werde ‚alles Notwendige‘ getan, um den Ölmarkt zu stützen.

Die Kürzungen der OPEC- und OPEC+-Staaten sind ein Versuch, die Rohölpreise in die Höhe zu treiben, doch die erhöhte Produktion in den USA wirkt dem entgegen. Die EIA [U.S. Energy Information Administration] prognostiziert für 2023 eine US-Produktion von 12,6 Millionen bpd und übertrifft damit den Höchststand von 12,3 Millionen bpd aus dem Jahr 2019.“
